

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

197 (27.8.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10geheillere Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentnahme des Anzeigenblattes, bei geschäftlicher Beendigung und bei Ausbruch außer Kraft tritt. Geschäftsverhältnisse: 10 Karlsruher L. 3. o. Schilling der Anzeigen-Kassenscheine 8 Uhr vorwärts

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Jugend

Reizungspreis monatlich 2,50 Mark o. Oker-Jahreszeitung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Glaspostzeitung 10 Pfennig o. Erhöhter Opus wöchentlich vorwärts 11 Uhr o. Postzeitung 2050 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 3. Wollstraße 28 o. Jernstr. 1020 und 1021 o. Postfach-Nummern: Dresden, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdstraße 12; Kassel, Wollstraße 2; Osnabrück, Hauptstraße 9

Nummer 197

Karlsruhe, Donnerstag, den 27. August 1931

51. Jahrgang

Derscharfste Vorgehen gegen unbefugtes Uniformtragen

Der Amtliche Preussische Pressebericht teilt mit: In letzter Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, daß namentlich jugendliche Personen eine der Uniform der Reichsmarine zum Verwechseln ähnliche Uniform in der Öffentlichkeit getragen haben. Wie der WPP. mitteilt, ersucht der preussische Minister des Innern in diesem Falle die Polizeibehörden, wie überhaupt gegen jedes unbefugte Tragen von Uniformstücken, namentlich durch Mitglieder sozialistischer Verbände, in jedem Fall unmissverständlich einzuschreiten.

Deutscher Katholikentag in Nürnberg

Nürnberg, 26. Aug. Heute abend um 20 Uhr wurde im großen Saal der Vertretung der 70. Generalversammlung der katholischen Deutschen eröffnet. Fürst Alois zu Salm-Reifferscheidt-Ronsdorff leitete den vorbereitenden Abend der Vertretung. Der Redner des Abends, Prälat Dr. Kreuz (Freiburg i. Br.) sprach über „Die Werte der Gegenwart und ihre Überwindung im Geiste der heiligen Schrift“. Für uns heiße das Gebot, nichts unversucht zu lassen, um ein Abheilen unseres Volkes zu verhindern und seine Not von innen heraus zu überwinden.

Revolte in Lissabon unterdrückt

Wie Havas aus Lissabon meldet, sind Mittwoch morgen um 6 Uhr die Kaserne der 3. Infanterieregiment einbezogen und haben die wachhabenden Offiziere und das Regiment übergeben. Die Regierung hat mit dem bürgerlichen Militärgouverneur General, mit der Polizei und mit der republikanischen Garde die Rebellen bekämpft und besiegelt. Die Rebellen haben sich ergeben; ihre Führer, unter ihnen der Oberst Dias Antunes, sind verhaftet worden.

Deutschland fordert Boykottaufhebung

Berlin, 27. August. (Handelst.) Aus Schanghai wird gemeldet, daß der deutsche Konsul in Kanton der Regierung einen Protest gegen den Boykott deutscher Waren übermittelte und die Aufhebung des Boykotts forderte.

Das bequeme Gefängnis

Oberleutnant Wendt kehrt nach Gollnow zurück
B.B. Berlin, 26. August. Oberleutnant W. n. d. i., der sich am Samstag auf dem Motorrad aus der Strafanstalt Gollnow, wo er seine Festungsbefreiung abbüßte, entfernte, besichtigte morgen wieder nach Gollnow zurückzuführen. Wie die B.Z. meldet, hat W. n. d. i. schon vor langem geplant, „einen mehrwöchigen Urlaub zu nehmen“ und diese Absicht auch an dem vorher bestimmten Tag durchgeführt. Es handelt sich, wie sein Verteidiger erklärt, um einen selbstverordneten Urlaub. Die fünf Tage dieses Urlaubs wird W. n. d. i. nachzuverfolgen haben.

Waffenfunde in Nürnberg

Nürnberg, 26. Aug. (M.B.) Ein kommunistisches Münchener Blatt hatte gemeldet, daß in Nürnberg ein Stahlfabrikationslager von der Polizei ausgedehnt worden sei. Nach der Meldung des Blattes sollten 400 Gewehre, 17 Maschinengewehre und 12 Flammenwerfer gefunden worden sein. Wie hierzu das Südd. Korrespondenz-Büro von zuständiger Seite erklärt, sind diese Angaben teilweise übertrieben. Richtig ist, daß etwa 300 Gewehre, Flammenwerfer und sonstiges Material beschlagnahmt wurde. Flammenwerfer wurden dagegen nicht gefunden. Auch ist es abwegig, das aufgefundenen Waffenlager mit dem Stahlhelm in Verbindung zu bringen.

Braunes Haus in Dresden

Woher sind die Mittel?
Dresden, 26. August. (Ein. Draht). In Dresden haben die Nationalsozialisten ein von einem Bankier Oppenheim gebautes Palais erworben. Ihre Absicht ist, aus dem Palais ein „Braunes Haus“ nach dem Muster Münchens zu machen. Die Welt fragt sich, woher die Nationalsozialisten die Mittel zur Einrichtung dieses Gebäudes nehmen. Man weiß hier allgemein, daß die nationalsozialistische Dresdener Ortsgruppe sowie deren Dresdener Leitung finanziell außerordentlich schlecht gestellt sind. So mühten zahlreiche Anwohner des Naziblattes vor dem Arbeitsgericht die ihnen zustehenden Gehälter einzulagern. Der Prozess schwebt noch. Auch sonst ist die Nazibewegung in Dresden außerordentlich verarmt. Kein Wunder, daß die Herrschaften jetzt einen Bettelaufzug losgelassen haben, ohne die Blamage zu merken. In dem Aufzug bitten sie um Gratisumkleiden von Einrichtungsgegenständen und anderen Dingen. Sie sind Pleite — aber ohne „Braunes Haus“ geht es nicht.

Finanzkalamität in aller Welt

Zahlungseinstellung einer australischen Bank
Sydney, 26. Aug. Die Primario Producers Bank hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Direktoren des Unternehmens, dessen Aktien 2 102 443 Pfund Sterling betragen, geben bekannt, daß sie durch das Fallen der Rohstoffpreise zu diesem Beschluß gezwungen sind. Die von der Bank gegen Verwindung von Wertpapieren anamtierten Darlehen seien gefährdet wegen des seitler eingetretenen Verlustes auf diesen Wertpapieren.

Sicherung des Haushalts

Ein Rundschreiben der Reichsregierung

Aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums erfahren wir, daß die Reichsregierung im Zusammenhang mit der Notverordnung zur Sicherung der Haushalte an die Länderregierungen ein Rundschreiben versendet wird, in dem das Reich im einzelnen die Möglichkeiten erörtert, die die Länder und Gemeinden zur Durchführung ihres Etatsausgleichs haben. Die Reichsregierung wird, wie wir weiter erfahren, insofern eine gewisse Kontrolle über die Maßnahmen der Länderregierungen haben, als die Reichsregierung nur denjenigen Ländern außer den üblichen Steuerüberweisungen für besondere Fälle, hauptsächlich für Wohlfahrtszwecke, Mittel zufommen lassen wird, die gemäß der Notverordnung ihre Haushalte in Ordnung gebracht haben.
Das Ministerium wird darin die Möglichkeiten darlegen, die es für den Etatsausgleich in Ländern und Gemeinden sieht. Eine direkte Überwachung der Durchführung der Notverordnung steht dem Reich nicht zu, Länder und Gemeinden sind ja auch zu Maßnahmen nur ermächtigt worden, nicht verpflichtet. Doch bleibt dem Reich ein gewisser Einfluß insofern, als es Mittel, die trotz der Maßnahmen der Länderregierungen und der Gemeinden noch zur Behebung ihrer finanziellen Schwierigkeiten notwendig sein sollten, davon abhängig machen kann, daß tatsächlich „alle Maßnahmen“ ergriffen worden sind. Das Rundschreiben an die Länderregierungen wird auch die Auffassung der Reichsregierung darüber enthalten, wie sie sich die Herabsetzung der Personalausgaben von der im § 2 der Notverordnung gesprochen wird, denkt.

Reichspräsident und § 48

Eine Auslassung über die Kompetenzen
B.B. verbreitet folgende Meldung:
Bei Ausübung der ihm aufgrund des Artikel 48, Abs. 2 der Weimarerfassung zustehenden Befugnisse ist der Reichspräsident, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, an die normale verfassungsmäßige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Reich und Ländern nicht gebunden. Er vereint also aufgrund des Artikel 48 ebenfalls die Zuständigkeit sowohl des einfachen Reichsregierungsorgans wie auch des Landesregierungsorgans in sich. Soweit er hiernach Maßnahmen trifft, die sonst zur Zuständigkeit des Landesregierungsorgans gehören, gehen sie abweichend von den Bestimmungen des Landesrechtes vor. Artikel 48 verlangt nicht, daß der Reichspräsident alle Maßnahmen, die er zur Wiederherstellung der gefährdeten oder gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung für nötig hält, selbst trifft. Es ist vielmehr anerkanntes Recht, daß dem Artikel 48 Genüge getan ist, wenn der Reichspräsident die Richtung der von ihm für nötig erachteten Maßnahmen in bestimmter Weise umgrenzt und zu ihrer Durchführung im einzelnen andere Stellen ermächtigt.

Brüning über akute Fragen

Der Reichskanzler äußerte sich dieser Tage gegenüber dem Berliner Vertreter der amerikanischen United Press zum Reparationsproblem und einer ganzen Reihe anderer Fragen.
In Bezug auf das Reparationsproblem führte Dr. Brüning aus: Die Zukunft der Republik hängt von den Verträgen ab. Es wäre unpraktisch, wenn wir uns unsere Ansicht nur vor dem rein deutschen Standpunkt aus bilden würden. Ich erwarte keine entscheidende Wendung, bevor das Bundesparlament in Washington im November zusammengetreten ist.
Über das von französischer Seite angeregte 10jährige politische Moratorium zwischen Frankreich und Deutschland erklärte der Kanzler: Diese Frage soll jetzt in die Debatte geworfen werden. Wir müssen uns erst mit den anderen Mächten und besonders mit Frankreich über konkrete Wirtschaftsfragen, in erster Linie die

Zölle und die internationalen Kartelle, einigen. Die Frage der Zölle, die herabgesetzt werden müssen, erfordert eine sorgfältige Untersuchung. Ich glaube, daß wir uns über diesen Punkt einigen können.

Auf die Frage, ob Deutschland und Oesterreich die Zollunion durchführen würden, wenn die Gutachten des Hanger Gerichts für sie günstig ausfallen sollte, erwiderte Brüning: „Wenn das Haager Urteil für uns günstig ausfällt, so wird die Welt erkennen, daß Deutschland die fruchtigen Probleme der Zölle um einen wesentlichen Schritt der Lösung näher gebracht hat.“

Auf die Frage des Berichterstatters, was aus dem Panzerkreuzer „Deutschland“ werde, erklärte der Reichskanzler, daß er es nicht für angebracht halte, diese Frage zum Gegenstand internationaler Erörterungen zu machen. Die Finanzlage verbiete Deutschland, rasch Ersatz zu schaffen. Hinsichtlich des Baues von neuen Kriegsschiffen habe sich Deutschland nicht an Daten gebunden.

Der Reichskanzler äußerte sich schließlich noch über den bevorstehenden Winter. Er werde für Deutschland und die ganze Welt höhere Schwierigkeiten bieten, als man seit einem Jahrhundert erlebt habe. In diesem Jahre er selbst einem solchen Winter nicht mit Pessimismus entgegen. In Bezug auf Deutschland sei er sogar optimistisch. Da die Bautätigkeit bereits im Sommer zum Stillstand gekommen sei und die meisten Arbeiter im Baugewerbe bereits feierten, sei in diesem Erwerbszweig kein Ansteigen der Arbeitslosigkeit für den Winter zu erwarten. Wenn man das im Auge behält, dann sei die geschätzte Ziffer von 7 Millionen Arbeitslosen vielleicht doch zu hoch gegriffen.

Hugenbergs Bittgang zu Brüning

Berlin, 26. Aug. Die deutschnationale Reichstagsfraktion legte ihre Bittschriften am Mittwoch vormittag vor, bei denen der Parteivorsitzende, Dr. Hugenberg, einen eingehenden Verbleib über die letzten politischen Ereignisse und einen Ausblick auf die zukünftige politische Entwicklung gab. An seine Ausführungen schloß sich eine eingehende Aussprache.
Als Folge der Bittschriften ersucht sich ein für Donnerstag angelegter Bittgang Hugenbergs zu Brüning.
In politischen Kreisen wird dazu betont, daß man hinter dem morgigen Besuch keineswegs eine bevorstehende Umbildung der Regierung vermuten dürfe. Es wird darauf hingewiesen, daß der Kanzler auch in Stuttgart eine solche Umbildung ausdrücklich abgelehnt hat. Es ist selbstverständlich, daß der Kanzler sich über die Ansichten informiert, die in den der Regierung rechts und links benachbarten Parteien herrschen, ohne daß man daraus irgendwelche Folgerungen zu ziehen braucht.

Bayerischer Etatsausgleich durch Notverordnung

Das bayerische Etat-Defizit von 28,6 Millionen Mark soll jetzt auf raschem Wege mit Hilfe der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten beseitigt und der Haushalt ausgeglichen werden. Der Ministerrat hat bereits am Mittwoch beschloffen, den Fehlbetrag durch neue Einnahmen und weitere Einsparungen zu beseitigen. Der Wortlaut der Notverordnung zum Ausgleich des Haushalts soll noch in dieser Woche veröffentlicht werden.

Drittelzahlung der Gehälter in Sachjen

Dresden, 26. Aug. Die Staatskanzlei teilt mit: Infolge der überaus gespannten Kassenlage können die künftigen Beamtengehälter für Monat September am 1. September zunächst nur in Höhe eines Drittels des Monatsbetrags ausbezahlt werden. Die Versorgungsbezüge der Beamten- und Beamtinnenhinterbliebenen und die Augustbezüge von Behördenangestellten, die monatlich nachträglich zu zahlen sind, werden am gleichen Tage vorläufig zur Hälfte bezahlt.

Eine ernste Mahnung

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

Der Führer des A.A.-Bundes, E. Aufhäuser, richtet im Vorworts eine Reihe von Forderungen an die Reichsregierung. Trotz des furchtbaren Wurmstichs, das die panikartige Zustandskatastrophe ausgereizt hat, vermessen wir immer noch entscheidende Kabinettsbeschlüsse, die endlich dem Abgleiten der Lebenshaltung in der breiten Masse ein Halt gebieten.
Schon zeigen sich täglich mehr und mehr die Folgen der Zulageerhöhung in vermehrten Zusammenbrüchen großer Geschäfte und dem Ansteigen der Arbeitslosenliste. Der Reichsbank aber genügt es, daß sie mit weiterer Kreditrestriktion ihre Notwendigkeitsgrenze verengt innewirft. Schließlich wird aber die Golddeckung allein nicht helfen können, wenn das für die Wirtschaft notwendige Kreditvolumen immer mehr einschrumpft. Eine Verfühlung des Kapitalmarktes ist notwendig, um der Massenarbeitslosennot des Winters möglichst vorzubeugen.
Es wird nicht mehr verstanden werden können, wenn durch den Kurs der Reichsfinanzpolitik weiter einseitig Balken auf die arbeitenden Schichten abgewälzt werden sollen. Der Umbau der Kassensteuer wäre jetzt fällig. Mögliche Einnahmemeinellen aus Staatsmonopolen, wie Tabakmonopol, Benzinmonopol müßten bei

der herrschenden Finanznot erschlossen werden. Ebenso wenig können die bekannt gewordenen Absichten zur Sanierung der Gemeinden befriedigen. Da die Gemeinden in der Hauptsache auf die Wohlfahrtsverwaltungsstellen zurückzuführen ist, so kann sich das Reich seiner Pflicht zur Beihilfe nicht länger entziehen.

Die Ersparnisse aus dem Hooverplan müssen mit zur Sanierung der Gemeinden verwandt werden.

Diese Frage steht und fällt aber auch mit der Neuordnung der Arbeitslosenhilfe überhaupt. Es ist an der Zeit, daß die Reichsregierung den sozialdemokratischen Vorschlag, der bereits bei der letzten Erörterung des Arbeitsministeriums im Reichstag als Entschiedenheit angenommen worden war, wieder aufgreift. Er besagt, daß unter Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung lediglich die Arbeitslosenfürsorge und Wohlfahrtsverwaltungsstellen für eine Reichsarbeitslosenfürsorge vereinigt, vom Reich, den Ländern und Gemeinden gemeinsam finanziert werden sollen.

Die Reichsregierung sollte sich bemühen, daß nur ein arbeitsfreundlicher Kurs in der Wirtschaft, Finanz-, Innen- und Außenpolitik helfen kann. Die Staatskanzlei starke Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterkassen nach sich. Nur auf dem Weg zur gesellschaftlichen Macht über die Wirtschaft vermag man sich den Weggefahren zu bleiben.

Großer Kirchenkandal

Der Deva-Heim-Sumpf hinter den Kulissen der Inneren Mission

Berlin, 26. August. (S.P.D.) Von dem Zusammenbruch der deutsch-evangelischen Heimstätten-Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft, dem beispiellosen Krach der Bauparagonsens der inneren Mission, sind 22000 kleine Sparrer betroffen. Sie verlieren wahrscheinlich mehr als 10 Millionen Mark.

Die innere Mission und die Kirche versuchen umsonst, die Verantwortung für den Skandal auf Einzelpersonen abzuwälzen. Der deutsch-nationale Generaldirektor des Deva-Heimkonzerns Zepfel ist durch die hinter ihm stehenden deutsch-nationalen Pastoren-Klassen, deren Marionette er war, zur Anerkennung dieser Verfehlungen gezwungen worden, die nicht auf sein an und für sich großes Schuldkonto gehen. In einer gemeinsamen Aufsichtsratsitzung der drei Hauptgesellschaften des Deva-Heimkonzerns, die in ihrer Mehrheit aus deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Pastoren der inneren Mission bestanden, wurde auf Vorschlag des württembergischen Rechtsanwalts Brandes beschloffen, 250 000 Mark Bestehens- und Schweigegelder, die Zepfel als „persönliche Schuld“ übernommen hatte, im Laufe der damals noch geplanten Sanierung wieder abzugeben.

Die Hauptursache für die Verluste der kleinen Deva-Heimparer sind jedoch neben der Korruption fast aller Beteiligten in der engeren Verflechtung der jetzt in Konkurs gegangenen Bauparagonsens mit dem Zentralauschuss für innere Mission und seinen anderen Wirtschaftsbetrieben zu suchen. Ein großer Teil der Sparanlagen bei der Devaheim- und ihrer Tochtergesellschaft, der deutschen Entschuldigungs- und Zweifelparagonsens (Deusag), ist dazu verwendet worden, Lächer auszufüllen, die aus Spekulationsgesellschaften der Pastorencliquen in der inneren Mission entstanden sind.

In dem weitverbreiteten Aufbau der inneren Mission besteht seit 7 Jahren ein zweiter, bisher vom Zentralauschuss für die innere Mission und von den höchsten Spitzen-Körperschaften der deutsch-evangelischen Kirche mühsam verdeckter Korruptions-Sumpf, der dem Devaheim-Skandal in nichts nachsteht. Als Treuhänder und Übermittlungsstelle für die Zuschüsse des Reichsarbeitsministeriums und verschiedener Landesministerien an die private Wohlfahrtspflege und ferner als Verwaltungsstelle für ausländische Anleihen für Wohlfahrtsverwendung wurde 1923 die Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtsunternehmungen G. m. b. H. gegründet. Das Gesellschaftskapital in Höhe von 500 000 Mark wurde vom Reichsarbeitsministerium zur Verfügung gestellt. Geschäftsführer wurden jedoch der Zentralauschuss für die innere Mission, der katholische deutsche Caritasverband, das deutsche Rote Kreuz, der sogenannte 5. Wohlfahrtsverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Beiträge aus dem Reichslohn zur Förderung von Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege wurden jährlich über diese Kasse geleistet. Die staatlichen Zuschüsse, die 1924 rund 15 Millionen Mark betragen, sollten in den ersten 6 Jahren der Hilfskasse so reichlich zu, daß ihre Leiter, unter ihnen der deutsch-nationale Pastor D. Cremer und Thiel, die gleichzeitig im Zentralauschuss für die innere Mission und in den Aufsichtsräten der Deva-Heimgesellschaften saßen, nicht der Versuchung widerstehen konnten, mit den Staatsgebern auf die schimpflichste Weise zu verfeulen. Sie gründeten das Bankhaus Ramba & Co., dessen Teilhaber die Geschäftsführer der Hilfskasse wurden. Das Kapital dieser Firma, die man lt. eigener Begründung ins Leben gerufen hatte, „um die Hilfskasse an der Spitze nicht all zu sehr in Erscheinung treten zu lassen“, wurde als „Darlehen“ zur Verfügung gestellt.

Um über die Höhe und die Ausschüttung der vom Reich jeweils zu erwartenden Summen rechtzeitig informiert zu sein und dementsprechend bei allen spekulativen Geschäften verfahren zu können, bestach die Geschäftsleitung der Hilfskasse den Ministerial-Direktor Sonntag vom Reichsarbeitsministerium mit 12 000 Mark, die auf ein recht unverfänglich aussehendes „finanziertes Konto „Haus Elisabeth Rankwitz“ gebucht wurden. Wohlfahrtsanstalten, die die dringenden benötigten staatlichen Zuschüsse anmahnten, wurde mitgeteilt, daß die Gelder noch nicht eingetroffen seien. Man empfahl den Anstalten jedoch, Zwischendarlehen zu 12-14 Prozent bei dem Bankhaus Ramba & Co. aufzunehmen.

Ende 1928 waren die Verluste aus den wilden Spekulationsgeschäften derart angeschwollen, daß die Hilfskasse und ihre Tochterfirma hätten Konkurs anmelden müssen. In der höchsten Not trafen 10,5 Millionen Mark, die der Zentralauschuss für innere Mission als Anleihe von einem amerikanischen Bankhaus How Snow u. Co. erhalten hatte, ein. Damit wurden vorerst die alten Lächer gestopft. Das Bankhaus Ramba erhielt 3 Millionen Mark als langfristige Kredit aus den Anleihe-mitteln, die lt. Vertrag nur als kurzfristige Hypothekendarlehen an evangelische Wohlfahrtsanstalten gegeben werden durften. Aus dem gleichen großen Topf lebten mehrere Pfarrer, meist deutsch-nationalen und nationalsozialistischen Couleurens, die persönliche Darlehen erhielten. Unter ihnen ist der Pastor D. Geis, der Vertrauensmann der inneren Mission für sämtliche ihr nahestehende Wirtschaftsbetriebe, zu nennen. Auch heute ist die Anleihe noch nicht restlos abgewickelt. Die amerikanischen Geldgeber wurden jahrelang über die vertrauenswirdige Verwendung ihrer Gelder getäuscht. Die Verluste des Zentralauschusses und seiner Wohlfahrtsanstalten, die bei der skandalösen Verwahrung der Anleihegeber durch seine eigenen Führer entstanden waren, mußten anderweitig gedeckt werden.

In der Folgezeit erhielt das Bankhaus Ramba von der Hilfskasse angesicherte Kredite bis zu 13 Millionen Mark. Im Mai 1928 mußte man feststellen, daß 7 1/2 Millionen Mark verpfändet waren. Die Hauptverluste waren infolge von Grundstückspekulationen und Industriebeteiligungen entstanden.

Der Erwerb von Zinshäusern in Berlin kostete den Zentralauschuss rund 1 Million. Dieser Verlust wurde auf einem „Grundschuldkonto“ verbucht, auf das auch personelle Zuwendungen und auch Zuwendungen an den damaligen Geschäftsführer der Hilfskasse und Schatzmeister des Roten Kreuzes Dr. Ribberg in Höhe von 162 500 Mark und ferner 8000 Mark Aufwands des Pfarrers Cremer verbucht wurden.

Beteiligung an der Rotellamaronarines- und Seifeffabrik in Fürstentum. Nach kurzer Zeit der Bewirtschaftung durch die sachkundigen Sellsorsen mußte die Fabrik stillgelegt werden. Die Maschinen wurden verpfändet. Verlust: über 1 1/2 Millionen Mark. Bei Krediten an die „Gunda“-Schreibmaschinenfabrik in Breslau wurden 200 000 Mark verloren.

Eine Beteiligung bei der Firma Gebz. Barenholz, Nähmaschinen und Druckmöbel, in Nordhausen kostete 150 000 Mark.

Bei der Firma S. Benjamin, Tuch und Stoffe, in Berlin, mußten 300 000 Mark in den Sphorsstein geschrieben werden.

Mit dem Verkauf von Uhren, Colliers und Ringen die die Hilfskasse als Gegenwert für ihre Kredite von einer in Konkurs gegangenen Juwelierfirma übernehmen mußte, ist man heute noch beschäftigt.

Um die unerhörte Verwittlung von Millionen öffentlicher Gelder nicht bekannt werden zu lassen, wurden die Verluste aus den Ramba-Geschäften auf fingierte Konten der angeschlossenen Wohlfahrtsverbände verbucht. Eine Anerkennung dieser „Schulden“ durch die Verbände lag anfänglich nicht vor. Die verantwortlichen Körperschaften des Zentralauschusses für die innere Mission beschloffen erst 1930, die auf ihn anteilig entfallenden Verluste in seinen Büchern abzulesen. Sie haben sich damit, ebenso wie die Leitung der Hilfskasse, unerhörter Buchfälschungen und Bilanzverschönerungen schuldig gemacht.

Das Bild der beispiellosen Korruption in der Hilfskasse und dem Zentralauschuss wird vervollständigt, wenn man erzählt, daß Unterschlagungen des Oberbuchhalters der Hilfskasse Karholz in Höhe von 482 000 Mark nicht zur Anzeige gebracht wurden, weil man die Deffektivität fürchtete. Zu weichen Zwecken die den Wohlfahrtsanstalten zugehenden Reichsmittel verwandt wurden, beweist ein bei der Hilfskasse geführtes Geheimkonto von 175 000 Mark, über das Pfarrer Cremer gemeinsam mit dem Präsidenten des Zentralauschusses, dem Geheimrat Seeburger, verfügte. Der Zweck dieses Kontos, das auch gegenüber dem Reichsarbeitsministerium verheimlicht wurde, war, Personen im Dienste der Inneren Mission Gehilfen zu gewähren.

Von dieser Gelegenheit haben auch die deutsch-nationalen Herren reichlich Gebrauch gemacht. Es versteht sich von selbst, daß der zeitweilige Schatzmeister des Zentralauschusses und der Geschäftsführer der Hilfskasse, Pfarrer Cremer, von der Hilfskasse ein ordnungswidriges Darlehen für einen Villenbau in Höhe von 70 000 Mark erhalten hat. Die schweren strafrechtlichen Verfehlungen durch Buch- und Bilanzfälschungen, die Verluste an Reichs- und Anleihegeldern, die Unterschlagungen des Karholz und viele weitere Einzelheiten aus dem Korruptionssumpf der Hilfskasse, waren dem Zentralauschuss und den in ihn entsandten Vertretern des Oberkirchenrats, der Generalasynode und des Kirchenbundesamts seit dem 2. Januar 1930 auf das genaueste bekannt. Es wurde unter Leitung des jetzigen Schatzmeisters der Inneren Mission, Wölfer, der von der Deusag ein ordnungswidriges Darlehen von 42 000 Mark erhalten hat, eine auftragsgemäß oberflächliche Geschäftsführer-Untersuchung veranlaßt, durch die besonders Pastor Cremer und Pfarrer Thiel (Aufsichtsratsvorsitzender der Hilfskasse, Mitglied des Zentralauschusses und Vertreter eines Unterverbands der inneren Mission im Aufsichtsrat der Deva-Heim) schwer belastet wurden. Beide Herren wurden jedoch nicht, wie es sich gehörte, mit Schimpf und Schande davon gejagt. Sie wurden erachtet, gebeten, in Anbetracht ihrer Verdienste um die innere Mission ihre Kosten zu behalten.

Die Gelder, die bei der Hilfskasse verwirrt wurden oder unterschlagen worden waren, fehlten bei den Wohlfahrtsanstalten, die dringend Mittel für den Bau von Krankenhäusern, Erholungsheimen usw. brauchten. Ihnen wurden die fehlenden Beträge, wie in zahlreichen Fällen nachgewiesen werden kann, aus den Bauparagonsens des Devaheim-Konzerns zur Verfügung gestellt.

Die Rückzugsgeschichte, die Kirche und innere Mission jetzt gegenüber der Empörung der Deffektivität über die standlosige Schädigung der Deva-Heimbauparagonsens führen, werden nichts nützen. Es ist nachzuweisen, daß die Hauptakteure in dem verwerflichen Spiel der Hilfskasse wie auch des Deva-Heimkonzerns dieselben Personen sind: Die Leiter des Zentralauschusses für die innere Mission, gegen die die Vertreter der kirchlichen Spitzenkörperschaften jahrelang nichts unternommen haben, obwohl ihnen die schärften Mittel wie Disziplinerverfahren, Amtsenthebung usw. zur Verfügung gestanden hätten.

Die volle Schuld für die Verwittlung von Staats- und Steuergebern und von Bauparagonsens der inneren Mission und der evangelischen Kirche, die Deffektivität wird nicht eher rufen, als bis den geschädigten 22 000 Bauparagonsen ihr Recht geworden ist, und zwar dadurch, daß Kirche und innere Mission voll und ganz die Verluste tragen. Mit voreingenommenen „Erklärungen“ der kirchlichen Würdenträger ist jetzt nichts mehr getan.

Labour Party in Opposition

Sachliche Kampfführung

London, 26. Aug. (Eig. Draht.) Die gemeinsame Konferenz der Leitung der Labour Party, der englischen Gewerkschaftsexekutive und der Parlamentsfraktion der Labour Party beschloß am Mittwoch, die Regierung Macdonald scharf zu bekämpfen. Die Haltung der Minister der Labour-Regierung, die nicht in das nationale Kabinett eingetreten sind, wurde ausdrücklich gebilligt.

Der Daily Herald greift die Regierung, die in der konservativen und liberalen Presse fast durchwegs mit großer Zustimmung aufgenommen worden ist, scharf an. Die Opposition sei der Ansicht, daß es auch andere Wege zur Rettung der Währung geben hätte, als die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung in dem geplanten Ausmaß. Die Opposition werde dem Parlament einen eigenen Plan für die Balancierung des Budgets einreichen.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat die Unterhaus-abgeordneten der Arbeiterpartei in einem persönlichen Schreiben erludt, ihre Entscheidung über die bevorstehenden Maßnahmen der Regierung so lange aufzuschieben, bis dem Kabinett in der nächsten Parlaments-sitzung Gelegenheit geboten worden sei, die Lage zu klären und dem Parlament genaue Einzelheiten über die beschlossenen Sanierungsmassnahmen mitzuteilen.

In dem Schreiben gibt Macdonald den Unterhausabgeordneten zugleich eine Überdosis über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Wochen. Er gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß der Kampf auf beiden Seiten sachlich geführt wird und die kritischen Probleme in leidenschaftlicher Weise erörtert werden. Als er sich zur Bildung der nationalen Regierung entschlossen habe, hätte die Krise vor dem Höhepunkt gestanden.

Lord Crewe englischer Kriegsminister

London, 26. August. Der ehemalige Botschafter in Paris, Lord Crewe, der der Liberalen Partei angehört, ist zum Kriegsminister der neuen englischen Regierung ernannt worden.

Tarifwidrigkeit in kommunistischem Zeitungsbetrieb

S.P.D. Köln, 26. Aug. (Eig. Draht.) Das Arbeitsgericht Köln verurteilte am Mittwoch die Geschäftsleitung des hiesigen kommunistischen Organs, die Sozialistische Republik, zur Wiedereinstellung der freitragenden Belegschaft oder zur Zahlung einer Abfindungsschuldigung von insgesamt 23 900 Mark.

Als das Blatt am 3. August nach einem 14tägigen Verbot wieder erscheinen konnte, stellte die Geschäftsleitung an die Belegschaft das Ansuchen, künftig nur noch an den Mindestsätzen des Buchdrucker-tarifs und unter Ausschluss der Rindianastrich zu arbeiten. Sie berief sich für die letztere Zusage auf den § 9 Abs. 9 des Buchdrucker-tarifs, der bestimmt, daß Gehilfen ohne Einholung einer Abfindungserklärung entlassen werden können, wenn sie für eine bestimmte Arbeit eingestellt sind und diese beendet ist. Diese Bestimmung konnte aber nicht auf das Arbeiten in einem Zeitungsbetrieb Anwendung finden. Der Belegschaft wurde also zugemutet, zu dieser tarifwidrigen Bestimmung zu arbeiten. Da die Geschäftsleitung Verhandlungen mit der Betriebsvertretung und dem Verband der deutschen Buchdrucker ablehnte, legte die gesamte Belegschaft am 3. August die Arbeit nieder. Der kommunistische Verlag so dar-aufhin aus dem kommunistischen Zeitungsbetrieb in Düsseldorf Streikbrecher heran. Die Folge war, daß 13 Arbeiter und 1 Hilfsarbeiterin vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung oder entsprechende Entschädigung klagten.

„Laßt Köpfe rollen!“

Gumbel-Broschüre über faschistische Morde

Das Wort Adolf Hitlers, das er vor dem Reichsgericht im Hochverratsprozeß gegen Ulmer Reichswehroffiziere gesprochen hat, darf nicht vergessen werden. Die überaus anerkanntswürdige Deutsche Liga für Menschenrechte hat daher bereits eine äußerst wirkungsvolle Broschüre unter dem Titel „Laßt Köpfe rollen!“, die der bekannte Vorkämpfer gegen die deutsche Reaktion, der Seideler Professor Dr. E. Gumbel verfaßt hat, erscheinen lassen, in der die faschistischen Morde der Jahre 1924-30, 6. 31 zusammengestellt worden sind. 63 bestialische Morde werden hier in erschütternder Weise aufgeführt. Es sind dies keineswegs alle Morde, die in diesen Jahren begangen worden sind. Berücksichtigt werden ist, die vielen schweren und leichten Verletzungen aufzuführen und die Verfolgung von Verfolgungslosen darzustellen. Die Broschüre, die in die Hände jedes Menschen gehört, der sich gegen diesen blutigen Mord und Terror wenden will, ist durch die Liga für Menschenrechte Berlin N. 24, Mondscheinplatz 10, Eingang 1, sowie durch jede linksstehende Buchhandlung zum Preise von 10 Pfg. zu beziehen.

Freistaat Baden

Besprechungen des Finanzministers in Berlin

Der badische Finanzminister Dr. Mattes ist nach Berlin gereist, um im Reichsfinanzministerium über die Auswirkungen der Ermächtigungserordnung zu verhandeln. Gegenstand der Verhandlungen dürften in erster Linie die Maßnahmen sein, die auf Grund der Ermächtigungserordnung im Interesse eines parlamentarischen Staatshaushalts in Zukunft noch ergriffen werden können.

Dr. Brüning über Baden

In seiner in Stuttgart gehaltenen Rede kam Reichskanzler Brüning, wie schon kurz berichtet, auch auf die Finanzlage Badens zu sprechen und sagte dabei u. a.: Württemberg und Baden hätten den Mut aufgebracht, unpopulär zu sein und sich selbst zu helfen. Andere Länder redeten viel über die Bedeutung des Föderalismus und seien selbst letzten Endes doch die Totengräber dieses Systems, wenn sie nicht den Mut zum Sparen aufbringen und ihre eigenen Finanzen endlich in Ordnung halten. Mit der Ueberabgabe in den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften müsse endlich gründliches Schluß gemacht werden.

Nationalsozialistische Volksverhöhnung verurteilt

D. S. Singen a. S., 26. Aug. Das Amtsgericht Singen verurteilte den St.-Führer der Singener Nationalsozialisten, Kaufmann Walter Beebe, wegen Verhöhnung gegen die Rotenregierung zur Kampfung politischer Äußerungen zu drei Monaten Gefängnis. Die St. Singen hatte unter Führung von Beebe einen Marsch nach Gailingen unternommen und dabei das Kampfbild gegen Bürgermeister Dr. Kaufmann gezeigt.

Die Maßnahmen des „Konzentrationskabinetts“

London, 26. Aug. (Eig. Draht.) Am Mittwoch nachmittag fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Unter den Ministern besteht volle Uebereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen, die sobald alle Einzelheiten festgelegt sind, bekanntgegeben werden und in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Die Besätze der Arbeitslosen werden um 10 Prozent gekürzt und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 7 Pence auf 1 Schilling erhöht werden. Außerdem steht das Sanierungsprogramm der Regierung eine Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten vor. Die Kürzung wird im Durchschnitt 20 Prozent betragen. Auch die Abgeordnetenlöhne und die Lehrgelder sollen gekürzt werden. Ferner sind umfangreiche Abstriche an den Verwaltungskosten in Aussicht genommen. Schließlich ist eine zusätzliche Einkommensteuer, eine Luxussteuer und eine Erhöhung der Steuer für Verkehrsmittel geplant.

An unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Regierung frühestens an Maßnahmen zurücktreten wird.

Telegrammwechsel zwischen Brüning und Macdonald

London, 26. Aug. Reichskanzler Dr. Brüning hat an Macdonald anlässlich des Regierungswechsels ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem er die warmsten Wünsche „für den vollen Erfolg des so eminent wichtigen Unternehmens“ ausdrückt, das Macdonald „im Interesse seines großen Landes“ auf sich genommen habe. seinem Antworttelegramm erwiderte der Premierminister die Wünsche mit seinem herzlichsten Dank.

Gandhi kommt nach London

London, 26. Aug. (Eig. Draht.) Gandhi wird am Donnerstag anlässlich der Indienskonferenz teilnehmen. Seinem Entschluß, am Samstag nach Bombay abzureisen, ist eine dreitägige Unterhaltung mit Viselony vorausgegangen.

Die englische Wirtschaftskrise

Der ökonomische Hintergrund des englischen Regierungswechsels

Der Wechsel im englischen Kabinett mit seinen einschneidenden Wirkungen auf die Labour Party wurzelt in finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, deren Kenntnisse zur Beurteilung der Sachlage umso dringender notwendig sind, als die bürgerliche und nationalsozialistische Presse die Vorgänge in England gern dazu benutzen möchte, um daraus Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen, trotzdem auch hier sich zeigt, wie wenig der Kapitalismus bis heute imstande war, die Wunden der Wirtschaftskrise zu heilen.

In den Frühjahrsmonaten 1931 erfuhr die englische Arbeitslosigkeit einen vorübergehenden Stillstand. Aber schon bald darauf trat eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein. Das erklärt sich durch den rückläufigen Export nach den überseeischen Gebieten, wo sich die gestiegenen Rohstoffpreise auswirkten, aber auch durch die Zuspitzung der Krise in Europa, besonders in Deutschland. Der englische Export im ersten Halbjahre 1930 um mehr als 2 Milliarden Mark zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis auf 2,7 Millionen an. Sie liegt gegenwärtig um 700.000 höher als im Vorjahre. Etwa 23 Prozent aller versicherten Arbeitnehmer sind zur Zeit arbeitslos.

Der Produktions- und Ausfuhrückgang und die wachsende Arbeitslosigkeit mußten naturgemäß auch die sozialistischen Budgetansätze über den Haufen werfen. Die Deckung des durch Steueranfall und die zunehmenden Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung entstandenen Defizits wurde umso dringlicher, als auch die englische Bankwelt mit in den Strudel der internationalen Kreditkrise hineingezogen wurde. Die englischen Banken arbeiten noch in weit höherem Umlauf als die deutschen mit kurzfristigen ausländischen, insbesondere französischen Krediten. Die gesamten kurzfristigen Auslandskredite der englischen Banken werden auf 11,2 Milliarden Mark beziffert. Die Bankkrise in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern, erhebliche Einbußen bei den Zinseinkünften auf alle überseeischen Kapitalanlagen, ferner eine gewisse Kapitalfluchtbewegung, die sich in England mit seinem hohen inländischen Steuerdruck auch neuerdings geltend macht, und Kreditabziehungen, hatten die Lage der englischen Notenbank so verschärft, daß Anfang August bereits ein Reduktionskonkret von 2 Milliarden Mark bei der amerikanischen und französischen Notenbank in Anspruch genommen werden mußte. Aber auch mit diesem Kredit konnte ein Fortgang der Ueberfälle nicht verhindert und eine volle Stabilisierung des Finanzwesens nicht erreicht werden.

In dieser gefährlichen Wirtschafts- und Finanzsituation ist naturgemäß durch die Bankwelt und die englischen Unternehmer auf die Regierung der stärkste Druck ausgeübt worden, sofort einschneidende Sanierungsmaßnahmen zu treffen. Man kann sich in der Tat der Meinung nicht verschließen, daß angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage Englands die radikalen Sanierungsmaßnahmen erforderlich waren. Um die Art und die soziale Verteilung dieser Sanierungsmaßnahmen ist der Konflikt ausgebrochen.

Das englische Etablement, das nach den Schätzungen der zur Prüfung einmündigen Mac-Kommission auf fast 25 Milliarden Mark beziffert wurde, ist in erster Linie auf den Gehalt der Arbeitslosenfonds zurückzuführen. Die englische Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich grundlegend in ihrer Konstruktion und in ihrer Beitragsaufbringung und Leistung von der deutschen. Der normale Beitrag beträgt etwa 1,90 M pro Woche für den erwachsenen Arbeiter und verteilt sich zu je etwa einem Drittel auf Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat. Dieser geringe, seit 1924 unverändert gebliebene Beitragssatz von nur etwa 3,5 Prozent des Lohnes (einschließlich des Staatsschulden) reicht naturgemäß für die Unterhaltungen des Millionenheeres der Arbeitslosen bei weitem nicht aus. Ingesamt mußten daher 2,25 Milliarden Mark bewilligt werden. Gegenwärtig rechnet man, daß das Schenkamt alljährlich etwa 20 Millionen Mark außerordentliche Zuschüsse gewähren muß.

Wie die Beitragslast, so sind auch die Unterhaltungsansätze der englischen Arbeitslosenversicherung als feste, von der Lohnhöhe unabhängige Beträge festgesetzt. Sie betragen für den ledigen Arbeiter 17 M pro Woche, für den Arbeiter mit Frau und zwei Kindern 30 M pro Woche. Die Unterhaltungsansätze sind zur Zeit unangemessen, so daß im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen nur ein sehr geringer Teil der Arbeitslosen der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung zur Last fällt. Die von der Regierung einseitige Arbeitslosenkommission hatte eine relativ geringe Erhöhung der Beitragslast, dagegen aber eine empfindliche, etwa 10prozentige Kürzung der Unterhaltungsansätze vorgeschlagen, wogegen die Gewerkschaften scharf protestierten. Der Mac-Ausschuß sah ferner mehrere andere Verschlechterungen in der Arbeitslosenunterstützung vor. Auch sie wurden von den englischen Gewerkschaften abgelehnt. Die gewerkschaftlichen Organisationen machten aber zugleich Gegenvorschlüsse zur Deckung des Defizits, die Entfaltung u. a. die Einführung einer Kapitalertragssteuer und Sonderzuschüsse für Einkommensteuer. Auch der Einführung eines generellen Finanzsollens steht man innerhalb der englischen Gewerkschaften mit weitaus Ablehnung gegenüber. Nicht zuletzt ist die ablehnende Haltung der englischen Gewerkschaften von der von dem englischen Unternehmertum geplanten Abbaupolitik bestimmt worden.

Es finden sich also auffällige Parallelen zwischen Deutschland und England in den Krisenwirkungen auf die Staatsfinanzen, die Sozialpolitik, die sozialen Kämpfe und ähnliche Leiden, die die kapitalistische Weltkrise heraufbeschworen hat. In Deutschland ist die organisierte Arbeiterschaft in ihrem Abwehrkampf gegen die sozialen Verschlechterungen nicht nur dem brutalen Klassenkampf der Unternehmer ausgesetzt. Sie ist zugleich von der kommunalistischen Zerkerungsarbeit in ihrer vollen Stoßkraft beeinträchtigt. Da diese Gefahren und Beeinträchtigungen der Arbeiterschaft in England nicht gegeben sind, das englische Volk und alle Parteien auf dem Boden der Demokratie leben, und auch die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe nicht mit blindem Haß und Vernichtungswillen geführt werden, bleibt die englische Arbeiterschaft trotz der Krisennot in ihren Entschlüssen freier und beweglicher, als es zur Zeit bei der deutschen Arbeiterschaft der Fall ist.

Titwinow kommt nach Berlin

Wie wir erfahren, wird außer dem deutschen Botschafter v. Dittmann, der morgen in Berlin eintrifft, für Freitag der russische Volkskommissar Titwinow erwartet. Er macht auf dem Weg zur Tagung zum Europaablauf nach Genf in Berlin Station.

„Der Führer“ am Pranger

Die Verleumdungen gegen Hilferding müssen zurückgenommen werden

Heute vor acht Tagen haben wir im Volksfreund festgestellt, wie die Nationalsozialisten kein Mittel unversucht lassen, um die Sozialdemokratie und deren Führer zu verleumden. Wenn man sich der Mühe unterziehen will, den nationalsozialistischen Führer zu lesen, so kommt einem förmlich das Kochen an, wenn man sieht, mit welchen Mitteln da unternommen wird, den politischen Gegner herabzusetzen. In den meisten Fällen unterlassen es die Angegriffenen, sich gegen Herabsetzungen, wie sie in der nationalsozialistischen Presse betrieben werden, zur Wehr zu setzen, da sie sich zu gut dünken, sich mit dieser Art von Presse einzulassen. Wird jedoch von einem der Angegriffenen gelegentlich, um ein Beispiel zu statuieren, einmal eine Heihe herausgegriffen und unter Anklage gestellt, dann zeigt sich schnell, wie, ohne auch nur eine Spur von Beweis, seitens der Nationalsozialisten die Ehre von politischen Gegnern gelästert wird. Hierfür ein neuer Beweis:

In seitenlangen Artikeln hat der nationalsozialistische Führer immer und immer wieder den ehemaligen Reichsfinanzminister, Genossen Dr. Hilferding, mit dem Reemtsma-Kongress in Verbindung gebracht und dabei die bedenklichsten Anwürfe erhoben. Hilferding wurde im Führer in einer Weise herabgesetzt, daß, wenn die Angriffe gestimmt hätten, kein Hund mehr von ihm Brot genommen hätte. Der Sozialdemokrat Hilferding sollte von den Nationalsozialisten auf alle Fälle erledigt werden, und der Reemtsma-Kongress ein Schwindel war der Spieß, mit dem man die Gläubigen der Nationalsozialisten fangen wollte. Die Sache ging jedoch daneben; denn die nationalsozialistische Presse muß nunmehr den völligen Rückzug antreten und reumütig ihre Verleumdungen gegenüber Hilferding zurücknehmen.

Das baltische Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur, Der Führer, bringt in seiner Folge 175 vom Mittwoch, den 26. August 1931 folgende Veröffentlichung:

Erklärung!

Im „Baltischen Beobachter“ Nr. 218 vom 6. August 1931 steht im Inzeratenteil folgende Notiz:

„In Nr. 14 der „Deutschen Sozialisten-Zeitung“ vom 2. April 1931 habe ich unter der Überschrift „Zigarettenkonkret“ ein „Gesicht“ einen Aufsatz veröffentlicht, worin die Behauptung aufgestellt ist, daß der Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding, der während seiner Amtszeit dem Reemtsma-Kongress 29,5 Millionen M. Steuerhulden erlassen habe, von diesem Kongress für seine Tätigkeit in seinem Aufsatz ein Jahresgehalt von 120.000 M. erhalten habe. Dieser Aufsatz ist nicht von mir verfaßt. Seine vorstehend wiedergegebenen Behauptungen sind, wie ich zugeben muß, völlig erfunden. Weder ist Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding Mitglied des Aufsichtsrates des Reemtsma-Kongresses, noch hat er von ihm jemals einen Wermut-Bericht erhalten. Ich stehe nicht an, meinem tiefsten Bedauern Ausdruck zu geben, daß eine solche, der Ehre des Herrn Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding abträgliche Behauptung verbreitet habe und nehme die Schuld antriefend auf mich.

Berlin, den 20. Juli 1931. ses. Eberhard Herber.

Im Anschluß an diese reumütige Zurücknahme der nationalsozialistischen Verleumdung gegenüber dem ehemaligen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding steht sich der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe gezwungen, folgende weitere Erklärung zu veröffentlichen:

„Wie selbst haben in unserer Ausgabe Nr. 85 vom 12./13. April auf Grund dieser und verschiedener anderer Veröffentlichungen gegen den Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding denselben Vorwurf erhoben, indem wir die Veröffentlichungen der „Deutschen Sozialisten-Zeitung“ zitierten. Wir glauben uns auf die Richtigkeit dieser Behauptungen um so mehr verlassen zu dürfen, als sie in Zeitungen erschienen, die der Wirtschaftspartei nahestehen und Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding als Sozialdemokrat Koalitionsgenosse dieser Partei war. Nach Kenntnisnahme vorstehender Erklärung der für diese Veröffentlichung als Urheber verantwortlichen „Deutschen Sozialisten-Zeitung“ haben wir uns überzeugt, daß diese

Der Wirwar der Kleinstaaterei

Man schreibt uns: Die Rebenarten des bayerischen Ministerpräsidenten Held auf dem Bauerntag in Tautenhäusen werden vom besten durch einen solchen veröffentlichten Bericht des Reichspartkommissars über die Zustände bei den Landesverwaltungen in das richtige Licht gerückt. Die Untersuchungen des Reichspartkommissars haben sich u. a. erstreckt auf die Haushaltswirtschaft und die Finanzen der Länder. Hier ist ein förmliches Chaos von Haushaltsplänen und Buchungsformen festgestellt worden. Kein Haushaltsplan, keine Rechnung irgend eines Landes in Deutschland gleicht demjenigen des Reiches oder irgend eines anderen Landes. Die Unterschiede sind so groß, daß es bis heute noch nicht gelungen ist, mit der an sich so nabeliegenden Methode der vergleichenden Haushalts- und Rechnungsstatistik brauchbare Urteile über die größere oder geringere Wirtschaftlichkeit eines Landes im Verhältnis zu anderen Ländern im ganzen oder in einzelnen Verwaltungswesen zu gewinnen. Der größte Teil der Länderausgaben entfällt auf persönliche Ausgaben. In Mecklenburg-Schwerin betragen die Personalausgaben beispielsweise nicht weniger als 69 Prozent.

Rechnet man zu diesen ganz unmöglichen Zuständen die ewigen Geld und Zeit kostenden Streitigkeiten zwischen den zahlreichen Ressorts, dann sollte es schließlich einleuchten, daß es so nicht weitergehen kann und die Reichs- und Verwaltungsreform eine dringende Notwendigkeit ist.

Reform des Zivilprozessrechts

Das Reichsjustizministerium hat den Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung bekanntgegeben; er besteht aus 1023 Paragraphen.

Der Entwurf trägt neuen Bestrebungen der juristischen Fachwelt in verschiedener Hinsicht Rechnung. So z. B. indem der Passivität des Zivilrichters aufhebt und ihn zur Mitarbeit mit den Prozessparteien, nicht zu ihrer Bevormundung, bringen will. Das Güterverfahren soll nicht mehr nur ein Vorverfahren, sondern ein Teil des Hauptverfahrens sein, etwa nach dem Vorbild des französischen Gerichtsverfahrens. Der Entwurf will auch Wiederholungen gerichtlichen Verfahrens, die durch neue Tatsachen begründet werden, durch Abgabe gleicher Gründe in der Berufungsinstanz ausschließen. Die Berufung soll, sofern sie nicht neue Tatsachen beibringen vermag, sofort angehen, aus welchen Gründen das Urteil angefochten wird. Auf diese Weise will man rein formale Berufungsverbindungen beseitigen. Die Unmittelbarkeit der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht wird erweitert, die mündliche Verhandlung soll geregelt werden, auch vor dem Einzelricht-

Vorwürfe der Richtigkeit entbehren, und erklären daher freiwillig und loyalerweise, daß wir sie zurücknehmen. Wir bedauern, diesen falschen Informationen der Wirtschaftsparteipresse zum Opfer gefallen zu sein.

Die Schriftleitung.

Die Zurücknahmeerklärung illustriert mehr als irgend etwas anderes, die Verleumdungsmethoden der nationalsozialistischen Presse, die in ihrer völligen Verantwortungslosigkeit sich nicht scheut, böswillig die Ehre politischer Gegner herabzusetzen und zu lästern. Vielleicht lernt der eine oder andere Leser der nationalsozialistischen Presse und ihrer Abieger aus diesem Vorgang und wird in der Folge den Warmachern des Führer mit größerem Mißtrauen gegenüberstehen wie bisher.

In diesem Zusammenhang kann gleichzeitig auf einen weiteren Vorgang hingewiesen werden, den ebenfalls der nationalsozialistische Führer des langen und breiten gegen die Sozialdemokratie auszuschalten verfuhrte. Es handelt sich um die Behauptungen, die Genossen Crispian und Dittmann hätten während des Krieges in engen Beziehungen zu französischen Offizierspionen gestanden. Auch diesem vom Führer groß aufgelegten Fall ist nunmehr an Hand einer Klage gegen den nationalsozialistischen Studientrat Hille aus Hildburghausen, von dem die Behauptungen ausgingen, auf den Grund gegangen worden. Vor dem Schöffengericht Meiningen wurde am Dienstag, den 25. August der nationalsozialistische Studientrat Hille aus Hildburghausen als gemeiner Verleumder entlarvt, worüber uns aus Meiningen folgender Bericht zugeht:

Hille hatte den sozialdemokratischen Reichstaatsabgeordneten Crispian und Dittmann in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 vorgeworfen, daß sie während des Weltkrieges in enger Beziehung zu französischen Offizierspionen gestanden hätten. Hille, der unter dem Beifall seines Parteifreundes, Rechtsanwalt Frank II. München, erschienen war, war wertwüßig fleischart und erklärte sich auf die erste Frage des Vorsitzenden, ob ein Vergleich möglich sei, ohne weiteres zur Abgabe einer Ehrenklärung bereit. Die Abgeordneten Crispian und Dittmann erklärten sich aus Mitleid mit Hille, der schwer kriegsverletzt ist (verschüttet), bereit, auf die Bestrafung Verzicht zu leisten.

Hille gab dann folgende Erklärung ab:

„Es wird mir zur Last gelegt, in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. 6. 1931 den Abg. Crispian und Dittmann nachgelagt zu haben, daß sie mit französischen Offizierspionen in enger Beziehung gestanden haben. Ich muß zugeben, daß ich für die Behauptung keinerlei Anhalt habe und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Hille verpflichtete sich weiter, diese Erklärung binnen zwei Wochen im Hildburghäuser Kreisblatt und der Dorfzeitung zu veröffentlichen. Er versprach ferner auch die öffentliche Bekanntheit seiner Erklärung in dem nationalsozialistischen Kreisbeobachter für Sonneberg und Hildburghausen. Außerdem übernahm er sämtliche Kosten des Verfahrens einschließlich der Nebenkläger und ihres Anwalts.

So haben wir in wenigen Tagen zwei überaus charakteristische Fälle, in denen die nationalsozialistische Presse wegen Verleumdungen sozialdemokratischer Führer an den Pranger gestellt und festgesetzt wird, daß diese ohne den Schatten auch nur eines Beweises, bewährte sozialdemokratische Führer in schandvollster Weise verleumdet hat. Ob wohl aus diesen Vorgängen die Nachläufer der Nationalsozialisten etwas lernen? Die nationalsozialistische Presse wird sich zweifellos trotz dieser „Erklärungen“ nicht ändern; denn, wie wir bereits vor acht Tagen (s. 1. Seite), „Es gibt keinen Sozialdemokraten in führender Stellung, mag er heißen wie er will, mag er Jude oder Christ sein, der nicht in der verlogenen, unflätigsten Weise dauernd verleumdet wird. Wollte man alle mündlichen und schriftlichen Verleumdungen zu widerlegen versuchen, die von blöden, spießbürgerlichen Hammeln nachgeholt werden, müßte man täglich ganze Spalten füllen. Die Nazis handeln eben nach dem Sprichwort: „Verleumde ruhig darauf los, etwas bleibt schon hängen.“

Ein Weltwohlfahrtsplan

Auf dem in Amsterdam zur Zeit tagenden sozialökonomischen Weltkongress hielt der Amerikaner Lorwin vom Institut für Ökonomie der Washingtoner Brookings-Institution eine aufsehenerregende Rede. Er propagierte einen Weltwohlfahrtsplan von blühender Dauer. Lorwin denkt zunächst an ein fünfjähriges Moratorium für alle Kriegs- und Tributschulden. Ferner soll der 5-Jahresplan die Mobilisierung neuer umfangreicher internationaler Anleihen unter Beteiligung aller Länder der Welt vorsehen. Ihre Durchführung soll die Aufgabe einer Weltindustrie-Bank sein. Schließlich soll der 5-Jahresplan den Abschluß einer Anzahl internationaler Abkommen über die Verteilung und Kontrolle des Weltmarktes durch die Produzenten von Rohstoffen und die Verbraucher von Industrieartikeln und Fertigwaren vorsehen. Als Voraussetzung für die Durchführung seines Planes bezichtigte Lorwin die Notwendigkeit, alle Hindernisse des Weltkrieges und der Friedensverträge unversätlich zu beseitigen. Jeder Versuch, die Welt weiter in Besten und Eiserklauen einzukleinen, müßte als Verbrechen an der Menschheit charakterisiert werden. Die durch den Weltkrieg angedeuteten Vermittlungen in Höhe von etwa 400 Milliarden Dollar dürften nicht länger von einem einzigen Land getragen werden.

Volkswirtschaft

Wiederaufnahme des Geschäftverlehrs der Wertpapierbörse

Wien, 26. Aug. Die Wertpapierbörse hat, nachdem die gegen sie verhängte Geschäftsaufsicht aufgehoben worden ist, heute ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In den ersten Vormittagsstunden überwiegen die Kauflagen, während die Abkäuferzahl im Laufe des Tages abnimmt. Der Geschäftverlehrs hat sich heute so abgelebt, als ob überhaupt keine Störung eingetreten wäre.

Pläne der Hopfenbauern

Die pfälzische Bauernvereinsung und der Verband pfälzischer Amerikanertraben-Pflanzler bieten am Sonntag in Landau eine Betriebsversammlung ab. Es wurde mitgeteilt, daß im Laufe der kommenden Woche im Landauer Haus der Landwirte eine Art Landesprodukt- und Wein-Exposition einberufen werden soll, die sich auf die Hopfen- und Weinwirtschaft beziehen soll. Es sollen darin nicht nur Hopfen, sondern auch andere Obst- und sämtliche sonstigen Landwirtschaftsprodukte gebandelt werden.

Ende der Schielehaufe?

An der Berliner Produktendörse kam am Dienstag eine außerordentlich schwache Tendenz für Weizen zum Ausdruck. Das Angebot an Weizen hat sich auf allen Zellen des Reiches stark vermehrt. Da auf der anderen Seite nur geringes Kaufinteresse vorhanden war, mußten die Preise hart zurückgehen. Im Handel mit effektiver Ware machten sich Abwärtsbewegungen von 5 bis 6 Mark bemerkbar, während im handelsrechtlichen Weizenmarkt die Notierungen ebenfalls um 4 bis 5 Mark herabgesetzt wurden. Roggen war nicht so reichlich angeboten und hatte bessere Nachfrage. Die Stimmung wurde aber von der Weizen Tendenz nicht beeinflusst, so daß sich auch hier im Handel mit effektiver Ware Abwärtsbewegungen von 5 bis 6 Mark bemerkbar, während im handelsrechtlichen Weizenmarkt die Notierungen ebenfalls um 4 bis 5 Mark herabgesetzt wurden. Roggen war nicht so reichlich angeboten und hatte bessere Nachfrage. Die Stimmung wurde aber von der Weizen Tendenz nicht beeinflusst, so daß sich auch hier im Handel mit effektiver Ware Abwärtsbewegungen von 5 bis 6 Mark bemerkbar, während im handelsrechtlichen Weizenmarkt die Notierungen ebenfalls um 4 bis 5 Mark herabgesetzt wurden.

Die Lehre der Zahlungsstrife

Dem Städtischen Sparkassenamt wird uns geschrieben: Unmäßig gewinnen wir zu den hinter uns liegenden Zuständen genügend Abstand, um in Ruhe die zurückliegenden Ereignisse einmal kritisch zu betrachten. Dabei drängt sich dem unbefangenen Beobachter sehr bald die Feststellung auf, daß im Grunde genommen dieses von dem hiesigen Vermieden werden können, was sich als empfindliche Störung herausstellte. Letzten Endes hat auch die Bevölkerung selbst, zumindest indirekt, Anlaß zu den Notmaßnahmen gegeben.

Auch in den vergangenen Jahren durchlebten wir unruhige Zeiten, die Wirtschaftskrisis und die politische Krise sind ja leider nicht erst neueren Datums; aber immer konnte der Zahlungsverkehr ohne Schwierigkeiten bewältigt werden, weil das Publikum nur die notwendigen Abhebungen vornahm und laufend die nicht sofort benötigten Beträge bei den Geldinstituten einzahlte. Eine Störung trat erst ein, als aus weit übertriebenen Befürchtungen heraus am 13. Juli ein allgemeiner Ansturm auf die Kassen einsetzte. Die Bargeldbestände waren naturgemäß bald aufgebraucht und dies umso mehr, als auch der Einlagenverkehr in Störung geriet. Einen ganzen Monat hindurch mußten wir eine Zwangsverwaltung auf dem Gebiete des Zahlungswesens betreiben; ihre unangenehm und unerfreulichen Auswirkungen sind bekannt. Darüber hinaus traten auch schädliche Folgen vor allem in der notwendigen Erhöhung des Diskonts und der Zinssätze ein, die für die kreditnehmende Wirtschaft eine weitere schwere Belastung nach sich zog. Man mußte daher sobald wie möglich wieder zum freien Zahlungsverkehr übergehen.

Allen Befürchtungen zum Trotz gelang dieser Uebergangs sehr schnell und fast reibungslos. Nunmehr funktioniert der Austausch zwischen Ein- und Auszahlungen, und er wird solange funktionieren, solange zwischen Ein- und Auszahlungen ein gesundes Verhältnis bestehen bleibt. Man kann also tatsächlich sagen, daß von dem Verhalten der Bevölkerung zum großen Teil die glatte Abwicklung des Zahlungsverlehrs abhängt.

Diese einfache Feststellung sollte sich jeder einzelne vor Augen halten und daraus die richtigen Folgerungen ziehen. Man ist heute leicht geneigt, von den Geldinstituten die Unterhaltung einer höheren Liquiditätsquote zu fordern, aber man vergißt dabei, daß die Mittel, die für Liquiditätszwecke zurückgestellt werden, nicht mehr als Kredite für die Wirtschaft verwendet werden können. Wir leben in einem kapitalarmen Land, dessen Kapitalisten nach Absatz der Auslandsgelder finanziell noch weiter verarmt sind. Wenn wir uns selbst weiterhelfen wollen — und wir sind auf uns allein angewiesen — so bleibt nichts anderes übrig, als die richtige Lehre aus der überwindenen Zahlungsstrife zu ziehen, nämlich keine unnötigen Abhebungen vorzunehmen und alle verfügbaren Gelder zur Kasse zu bringen.

Große Kartoffelernte in Sicht

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. h. c. Schiele eine Besprechung über die Lage auf dem Kartoffelmarkt und die zu ergreifenden Maßnahmen statt, an der sachverständige Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der kartoffelverarbeitenden Industrien teilnahmen. Der Reichs ernährungsminister führte u. a. aus, nach den bisher vorliegenden Nachrichten und Ernteschätzungen müsse damit gerechnet werden, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre mindestens ebenso groß ausfallen werde wie im vergangenen. Die Lastfrage, das es im vorigen Jahre gelungen sei, diese gemäßigten Mengen zu bewältigen, sollte auch in diesem Jahre jeden Landwirten zu veranlassen, bei der Bewertung der Kartoffelernte ruhig zu disponieren und die nötige Besonnenheit zu bewahren. Für Speisezwecke würden etwa 12—13 Millionen Tonnen benötigt werden. Es wird beabsichtigt, durch baldige Einführung von Handelswaren für Kartoffeln eine geordnete Beschaffung des Speisekartoffelmarktes zu erleichtern. Den Saatgutbedarf müsse man nach seiner Auffassung mit etwa 6—6½ Millionen Tonnen und den Abgang durch Fäulnis usw. im Hinblick auf das feuchte Wetter in den letzten Wochen auf etwa drei Millionen Tonnen beziffern. Um eine Entlastung des Brennwertmonopols von seinen übertriebenen Befähigungen herbeizuführen, sei es erforderlich, den Spiritusabnahmestempel zu erhöhen. Dadurch werde ein angemessenes Brennrecht und die Unterbrechung von zwei Millionen Tonnen Kartoffeln in den Brennerien ermöglicht. Dem Kartoffelverarbeitungsindustrie beabsichtigte er durch eine möglichst umfangreiche Bewertung der Blöden in Verbindung mit den Gerstebezugsgewinnen erweiterter Absatz zu sichern. Nicht zuletzt müsse auch das Kartoffelstärkewerbe, das etwa sieben bis achthunderttausend Tonnen Kartoffeln aufnehme, stärker herangezogen werden. Der Landwirtschaft müßten auch dadurch Mittel zur Bergung der Ernte zugeführt werden, daß der Beginn der Kampagnen der verarbeitenden Gewerbe beschleunigt werde. Nach alledem blieben für die Bevölkerung noch etwa 20 Millionen Tonnen übrig.

Kuflinger Schweinemarkt vom 26. August. Zufuhr: 69 Mischschweine. Preise: 18—24 Mark pro Paar. Handel: mittel. Nächster Markt am Mittwoch, den 2. September.

Aus aller Welt

Liebestragödie

Wien, 26. Aug. Der Direktor des hiesigen Krolltheaters Leopold Alexander, wurde heute nacht von seiner ehemaligen Sekretärin Rosa Breger durch einen Pistolenschuß in den Kopf getötet. Die Täterin brachte sich hierauf ebenfalls einen Kopfschuß bei. Ihr Befinden ist hoffnungslos. Aus Abschiedsbriefen geht hervor, daß es sich um eine Liebestragödie handelt.

13 Deutsche aufgefressen?

Der aus Neu-Guinea nach Stockholm zurückgekehrte schwedische Konsul Lindahl teilte mit, daß vor einigen Wochen im Innern von Neu-Guinea eine deutsche Minenbesitzer namens Baum und 12 seiner Begleiter von Kannibalen aus dem Hinterhalt überfallen, mit Keulen erschlagen und verzehrt worden seien. Gegen die Eingeborenen sei eine Strafexpedition entsandt worden.

Reins in Berlin

Am Dienstag abend trat der feiner Zeit in Genua verhaftete Berliner Geldbriefträgermörder Reins mit einem Gefangenentransport in Berlin ein. Er wurde nach Moabit überführt.

21jährige Rechtsanwältin

Die jüngste weibliche Rechtsanwältin der Vereinigten Staaten von Amerika, die 21jährige Harrie Rothchild-Cotton, hat in Tampa (Florida) den ersten Prozeß geführt und gewonnen. Das junge Mädchen ist eine Tochter deutscher Eltern. Ihr Vater stammt aus Simmern im Hunsrück.

30 Millionen entführt

Der chinesische Banditenhäuptling Lukwei Tang hat 30 amerikanische Millionen entführt, die er nur gegen hohes Lösegeld freilassen will. Chinesisches Militär ist unterwegs, um die Entführten gewaltsam zu befreien.

Der Herbstflugplan der Deutschen Lufthanja

Am 1. September tritt der Herbstflugplan der Deutschen Lufthanja in Kraft. Trotz der durch die Jahreszeit gebotenen Einschränkungen vermittelte die Lufthanja ab 1. September den Verkehr nach 26 ausländischen Großstädten; gleichzeitig behalten 39 deutsche Städte Anschluss an das internationale europäische Luftverkehrsnetz. Neben 41 Strecken mit Passagierbeförderung werden noch fünf Spezialstrecken im Post- und Güterdienstverkehr nach England, Holland, Skandinavien und den Balkanländern aufrecht erhalten.

Auf den Strecken Berlin-Köln-Paris sowie Berlin-Königsberg-Moskau bzw. Riga-Orsk wird der Sonntagsschiffverkehr bis Ende September durchgeführt. Als besonders wertvoll erweist sich in den kommenden Monaten die Nachtbeförderung auf den großen internationalen Linien Berlin-London und Berlin-Paris, da man bei der Flugplanung für diese Strecken auf die Verkürzung der Tagesstrecke keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht.

Die bereits im Sommer gegenüber dem Vorjahre erheblich verbilligten Tarife bleiben weiterhin in Kraft, so daß in vielen Fällen die Reise mit dem Flugzeug kaum noch wesentlich teurer als eine Eisenbahnfahrt 2. Klasse ist. Die zu Beginn des Jahres eingeleitete Senkung der Perzenttarife hat in den ersten sieben Monaten trotz der allgemeinen Wirtschaftskrisis erfreulicherweise die Passagierzahl gegenüber dem Vorjahr um rund 8 Prozent gesteigert. Ab 1. September werden für einige Linien die Flugpreise erneut ermäßigt: a. B. Berlin-Wien (Expresstrecke) 82 Mk. gegen bisher 105 Mk., Berlin-Prag 42 Mk. (55 Mk.), Dresden-Berlin 22 Mk. (30 Mk.), Dresden-Wien 60 Mk. (75 Mk.), Berlin-Damburg 32 Mk. (38 Mk.), Stuttgart-Freiburg 20 Mk. (22 Mk.).

Blinde Passagiere an Bord des Do. X

Charleston, 26. Aug. Kurz nachdem das Flugzeug Do. X hier, wie bereits mitgeteilt, mit Kurs auf Norfolk gestartet war, wurden im Heck zwei junge Leute aufgefunden. Der Kommandant des Flugbootes unterbrach sofort die Fahrt und überließ die beiden blinden Passagiere einem Küstenwachboot, das sie an Land brachte. Die beiden jungen Leute erklärten, bevor sie freigelassen wurden, daß sie bis New York mitaufsteigen beabsichtigt hätten.

Schwerer Unfall beim Brückenbau

Wien, 26. Aug. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute mittag hier beim Bau einer neuen Serebrücke, der Jannowbrücke. Aus bisher unbekannter Ursache löste sich ein großer Pfeiler in zwölf Meter Höhe eine Stahlplatte, fiel in die Tiefe und traf zwei beim Bau beschäftigte Arbeiter. Einer von ihnen wurde sofort getötet, während ein zweiter schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ueberfall auf einen Geldbriefträger

Breslau, 26. Aug. Ein Ueberfall auf einen Geldbriefträger wurde heute vormittag in einem Gartenhaus in der Augustenstraße verübt. Die Täter schlugen dem Postbeamten mit einem Hammer auf den Kopf; doch wurde durch die Wille der Schlag so abgemildert, daß er nur eine geringfügige Verletzung erlitt. Der Geldbriefträger löste sich energisch zur Zurücklassung ihrer Wäntel und Hüte. Es wurden auf der Straße von einem Straßenaufwachen verfolgt. Die polizeilichen Ermittlungen sind sofort aufgenommen worden.

Marga v. Eghoff in Munden gelandet

Munden, 26. Aug. Die Fliegerin Marga v. Eghoff ist heute hier, von Carbin kommend, gelandet.

Billiger — aber dennoch kostspielig

Die Hamburg-Amerika-Linie gibt bekannt, daß die Preise für die benötigten Seidamerikafabrik des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ so bemessen sind, daß sie nur noch die Hälfte früherer Preise für Amerikafahrten betragen. Die Reise von Friedrichshafen nach Pernambuco kostet 1000 Dollar. Die Fahrt beginnt am 29. August in Friedrichshafen; die Landung in Pernambuco erfolgt am 2. September. Die Rückreise ist für den 4. September angesetzt, die Ankunft in Friedrichshafen für den 8. September.

Letzte Nachrichten

Keine Einberufung des preussischen Landtags

Der von den Nationalsozialisten unterstützte Antrag der Deutschen Nationalen auf sofortige Einberufung des Landtages hat die erforderliche Mindestzahl von 90 Unterzeichnern nicht erhalten. Auch der kommunistische Antrag auf Einberufung des Landtages ist bisher ohne weitere Unterstützung geblieben.

Neuwahl des Präsidenten der Bremer Bürgererschaft

Der Präsident der Bremischen Bürgererschaft, Johann Osterloh, hat sein Bürgerchaftsmandat niedergelegt. Die Neuwahl des Präsidenten ist für den 18. September angesetzt worden.

Einstellung des Verfahrens gegen Drewhig

Die Staatsanwaltschaft hat das gegen den bisherigen Führer der Wirtschaftspartei, Drewhig, wegen Unterschlagung und Bilanzfälschung eingeleitete Verfahren eingestellt.

Schweres Unglück

Dresden, 26. Aug. Bei der Abtragung einer Dampfabse in der Annenstraße stürzte der Kran um und begrub zwei Arbeiter unter sich. Einer davon wurde getötet, der andere schwer verletzt.

Kriminalkommissar als Kreditfälscher verhaftet

Berlin, 27. Aug. (Kunstdienst.) Der Berliner Kriminalkommissar Dubral, der seit dem 24. August verschwunden war und im Verdacht steht, Kreditfälscher und Betrugtreiber zu sein, ist am Mittwoch nachmittag im Norden Berlins festgenommen worden. Dubral, gegen den ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, und ein Strafverfahren eingeleitet werden wird, hatte sich bei Bekannten verborgen gehalten.

Ein Brief des Jüterbogener Attentäters von Baden-Baden?

Spur der Motivierung?

Baden-Baden, 26. Aug. Nach Berliner Blätterstimmen ist der dortigen Presse am Montag eine mysteriöse Postkarte mit dem Baden-Badener Poststempel zugegangen, die eine Spur des Jüterbogener Eisenbahnattentäters enthält. „Erhält Attentäter bei Selbstmord die 100 000 ?“ steht in dem Text der Postkarte. Es wird weiter ein neues Attentat bei Kork angekündigt. Die Polizei hat sofort die notwendigen Nachforschungen ergriffen. Die päpstlichen Unterlagen gestalten die Arbeiten der Behörden außerordentlich schwierig, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verfolgen, der Angelegenheit auf den Grund zu gehen. Es kann im Augenblick noch nicht gesagt werden, ob es sich tatsächlich um eine Spur des Attentäters handelt oder ob eine Motivierung vorliegt.

Vorunteruchung gegen Bankvorstand

Die Justizprokuratorie Bremen teilt mit: Gegen die verantwortlichen Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Beamtenbank Bremen sind bei der Staatsanwaltschaft verschiedene Anzeigen eingelaufen. Nach sofortiger Sicherung der für etwaige Strafaktionen in Frage kommenden Bücher und Urkunden haben polizeiliche Ermittlungen stattgefunden. Es sind auch die früheren Vorstandsmitglieder Kruse, Dr. S. Kumbor und Ehlers durch den Vorunteruchungsrichter vernommen worden. Auf Grund der bisherigen Ermittlungen ist nunmehr gegen die früheren Aufsichtsratsmitglieder Kruse, Dr. Kumbor und Ehlers sowie das frühere Aufsichtsratsmitglied Gustav Smeel die gerichtliche Vorunteruchung beantragt worden.

Gewinnauszug

5. Klasse 37. Preussisch-Schlesische Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

14. Ziehungstag 25. August 1931

Da der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 Mk. 285877
10 Gewinne zu 6000 Mk. 44192 50551 130117 285784 369081
22 Gewinne zu 3000 Mk. 144815 175470 185794 266887 274538
288488 310788 357977 373332 392104 395247
40 Gewinne zu 2000 Mk. 6632 7191 86011 38004 51878 89035 100388
115078 129770 138319 140374 150786 174305 179705 193317 244187
266721 287819 302845 386119
104 Gewinne zu 1000 Mk. 8638 8640 15086 43989 48363 63029 79274
80204 100794 110637 137669 151186 185500 172284 173192 175913
186592 214468 222768 225549 229295 234598 241254 251126 252348
268263 268176 271774 281188 284111 291838 293916 296888 302370
303408 305816 314465 315877 338440 339396 342023 346469 347345
347362 349082 350040 353559 354475 354905 375529 382588 398341
178 Gewinne zu 500 Mk. 2122 2327 1173 22260 23566 27151 27292
29117 35143 38187 39268 41978 43219 56432 65101 67174 69102
72339 82206 84778 88634 90027 99631 101909 107395 109061 111812
113693 119275 119587 120107 123978 124647 129424 132624 133644
135217 135630 136917 142983 144768 157651 161630 164176
165345 189041 190548 194558 206410 214253 215112 222024 226794
226878 227497 234856 241378 273632 274036 282003 300191 303392
308443 309444 310263 313129 313348 315419 318878 320983 333586
343635 349168 350034 357620 381316 384312 388848 371089 376664
381891 382001 384037 388539 393171 394680 398049

Da der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 5000 Mk. 39137 114570 204223 298772
22 Gewinne zu 3000 Mk. 45282 77566 87402 117383 142829 161187
193634 205773 249172 387140 397149
56 Gewinne zu 2000 Mk. 15908 27899 49789 63081 63932 66170
99274 109280 114628 164914 178441 191426 202348 203436 215593
235202 246582 252701 256129 259548 259535 319422 319488 349480
35783 364093 377689 391293
98 Gewinne zu 1000 Mk. 1875 6858 7590 8271 9657 10977 18643
20896 33037 36349 60500 69963 70104 72656 86094 89020 83693
110169 111418 128293 138492 148292 185374 188074 205224 207090
207385 227492 230795 231367 242725 250363 250652 251603 262554
274963 287384 292889 298678 301507 319208 326974 332388 336891
343549 374141 386805 398393 398780
164 Gewinne zu 500 Mk. 11494 15904 19057 24882 29307 44390
44909 46712 49094 49837 60898 79819 84457 80991 89328 104298
107169 108164 110670 111641 116647 121707 123640 125359 129420
137044 151821 152583 152676 155621 157408 163658 170049 175662
176240 192131 195880 195977 213622 215740 220095 222768 224037
224113 224588 229956 239298 239808 239898 243259 251343 251791
251895 253853 256220 259701 283893 289239 270906 277829 286214
288900 296158 297394 299343 305226 324604 335811 342857 343711
347705 347877 382685 389725 370212 391561 396113

Im Gewinnrade verblieben: 2 Bräunten zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 75000, 4 zu je 50000, 18 zu je 20000, 108 zu je 10000, 248 zu je 5000, 500 zu je 3000, 1496 zu je 2000, 2982 zu je 1000, 4856 zu je 500, 14786 zu je 400 Mark.

Aufhebung des Hamburger Versammlungsverbots

Hamburg, 26. Aug. Das am 13. Juli ergangene Verbot aller Versammlungen und Aufsätze unter freiem Himmel wurde mit Rücksicht auf die am 27. September stattfindende Bürgerchaftswahl für die Zeit vom 6. bis 27. September aufgehoben.

Schieberei in der mexikanischen Kammer

Mexiko, 26. Aug. In der Kammer kam es gestern abend bei einer Aussprache über Beschuldigungen, die gegen den Gouverneur des Staates Jalisco erhoben wurden, zu einem Tumult, in dessen Verlauf mehr als 60 Schüsse abgegeben wurden. Ein Abgeordneter wurde getötet, ein zweiter schwer, drei weitere leichter verletzt.

Chefredakteur: Georg Schöpslin. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. E-mail: schöpslin@volksfreund.de. Druck: Rudolf in Baden. Druck und Vertrieb: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

90 Tage

Heute Vorverkauf

Unsere gewaltige Einkaufsmacht

haben wir restlos in den Dienst dieser Veranstaltung gestellt.

Das bedeutet:

Einzigartige Leistungen für 90 Tage

Gewerkschaftliches

Der neueste Judasstreich der Kommunisten

Eine Sitzung der Zentralkomitees der KPD. hat in Konsequenz des falschlich-durchgeführten Kurzes des gegenwärtigen „Führers“ Heinz Neumann den Beschluß gefaßt, das beim Volksentscheid eingegangene Bündnis mit den Gelben und den Nazis aus auf den gemeinsamen Kampf gegen die freien Gewerkschaften auszudehnen und die Agitation für „Massenaustritt und Beitragsperre“ zu betreiben. Die offenkundig im Dienste des Schwarzmochtums handelnden Herrschaften im heutigen ZK. der KPD. lassen nach der Niederlage vom 9. August die letzte Hülle ihrer Arbeiterfreundschaft fallen. Haben sie doch ihren noch in der Partei verbliebenen Mitgliedern unter Zurückhaltung von der erst kürzlich ausgegebenen Parole Losowkis: „Sine in die Gewerkschaften“ die Durchführung folgenden Beschlusses zur Pflicht gemacht:

„Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften des ADGB. muß gebrochen werden, um den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Volkwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsvolkwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbände (1) an der Spitze des ADGB. die als besetzte Unternehmerragenten (1) immer neuen Lohnraub und Massenverelendung herbeiführen, vollkommen einflußlos zu machen. Die Lohnabbaugewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederzahl) 500 000 Anhänger haben den ADGB. im letzten Jahr verlassen. Die Beiträge gehen nicht mehr ein. Die Unterfüllungsabteilungen an Verbandsmitgliedern werden um 30 Prozent und mehr abgebaut. Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem Bankrott. Die Bestrebungen weitere Mitglieder zu gewinnen und ganze Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre zu zwingen, müssen auch weiterhin unterstützt und zum Uebertritt in die KPD. angereizt werden.“

Dieser neueste Dolchstoß gegen die organisierte Arbeiterschaft kommt einem Verzeckungsstreich ardenwahnwahniger Abenteuerer gleich. Den Neumann, Kemmele und Konforten steht das Wasser bis zur Kehle. In ihrer eckigen Verwirrung versuchen sie die Reste ihrer Organisation aufzuspielen und dem Faschismus in die Arme zu treiben. Ohnmächtige Wut und fanatischer Haß gegen die Arbeiterbewegung spricht aus diesem strupeligen Beschluß, der ein Dokument kaum zu überbietenden Klassenverrats darstellt. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Arbeiterbank haben es nicht nötig, auf die lächerlichen Lügen der KPD. Provoaktion zu antworten. So dumm wie sie wagen nicht einmal die Naziblätter zu lügen. Was den Arbeiterunternehmungen und den sozialdemokratischen Organisationen von diesen traurigen Vorfällen angedichtet wird, das besteht in der Tat bei der KPD. Ihre Unternehmungen sind alle Bankrott. Selbstverständlich werden die Parolen auf Beitragsperre und zum Austritt aus den Gewerkschaften ebenso kläglich scheitern, wie der bisherige Versuch der KPD. ihre GD. aufzurichten.

Die oppositionellen Kommunisten sind über den wahnwitzigen Beschluß der kommunistischen Zentralkomitees ganz entsetzt. So schreibt die Tageszeitung der Brandlergruppe u. a.: „Was hier die KPD. Färbung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse überbaut. Über ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzen, um die Krise und damit die Gewerkschaften zu zerlegen — zur Beitragsperre und Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, heißt das Hauptverbrechen der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu befehlen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu verfehlen.“

Gemeindepolitik

Notmaßnahmen der Stadt Berlin

Der Magistrat der Stadt Berlin hat angesichts der kritischen Wirtschaftslage beschlossen, den Etat um 30 Millionen Mark zu reduzieren. Das Ziel der Ausgabenbeschränkung soll vor allem durch eine kräftige Organisation der Verwaltung eine schärfere Arbeitsteilung und den Abbau jeder unnötigen Behördenarbeit erreicht werden. Soweit es in den Kreisen der Stadtverwaltung liegt, sollen unter anderem auch gezielte Maßnahmen getroffen werden, die Erleichterungen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft und der Grundstücksverwertung ermöglichen. Die Mitglieder des Magistrats und die Vorsitzenden der einzelnen Bezirksämter haben sich bereits bereit erklärt, über die Bestimmungen der Notverordnungen hinausgehend, während der Dauer der Wirtschaftskrise auf insgesamt 20 Prozent ihres Gehaltes zu verzichten.

In den Berliner Schulen wird die Verwaltung des bisherigen fortschrittlichen Systems des nach dem Einkommen gestaffelten Schulgeldes verlassen und zu dem staatlichen Prinzip der Freistellen übergehen. Zahlreiche Sonderkurse, Arbeitsgemeinschaften, Spielnachmittage werden fortfallen, Junglehrer in den Volksschulen, Assessoren in den höheren Lehranstalten, nichtangestellte Kräfte an den Berufsschulen werden entlassen. Dadurch werden den Schulen die jüngsten und arbeitsfähigsten Kräfte genommen.

In der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden einschneidende Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der erziehenden Fürsorge durchzuführen, das Leben der Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen wird weiter empfindlich herabgemindert. Sentenz der Gemeindevorstände, Gehaltskürzungen der Beamten ergänzen und vervollständigen dieses Programm. Wie man sieht, betritt Berlin mit seinen Notmaßnahmen einen Weg, der die unteren Volksteile hauptsächlich in Mitleidenhaft zieht.

Singen braucht Staatshilfe

Singen a. S., 25. Aug. Die schwerere Finanzlage der Stadt Singen hat den Bürgermeister Dr. Kaufmann veranlaßt, bei der badischen Regierung eine U n t e r s t ü t z u n g durch das Land aus dem Lastenausgleichsfond und den für die Wohlfahrtsfürsorge bereit gestellten Mitteln zu beantragen. Die Stadt Singen verzeichnet gegenwärtig ein Defizit von 323 100 RM., davon 106 000 RM. Mehrausgaben aus dem Wohlfahrtsset. Die neuen Steuern und die Gehaltskürzungen haben nur 90 000 RM. eingebracht.

1. Buchholz (A. Waldkirch), 26. Aug. (Kürzung der Gemeindebeamtengehälter.) Hier hat man auf Betreiben des Gemeinderats und des Bürgerausschusses die Einordnung der Gemeindebeamten in den Gehaltsstufen der Reichs- und Staatsbeamten aufgehoben und die Gehälter erheblich gekürzt. Dieselben betragen nur noch 60 Prozent der bisherigen Sätze.

2. Rindringen (A. Emmendingen). Mit der badischen Notverordnung, welche den Gemeinden einen beträchtlichen Teil der Ausgaben für die Schulen aufbürdet, sind die hiesigen Gemeindevorstände nicht einverstanden. Bei fünf Lehrkräften hätte Rindringen zusammen 3500 M. auszugeben. Nach einer lebhaften Aussprache im Bürgerausschuß wurde die Anwendung einstimmig abgelehnt. — Ob man mit dieser Abweisung um die Ausgabe der 3500 M. herumkommt, ist eine andere Frage.

Aus der Stadt Durlach

Waffenfunde bei den Nazis

Wie der Polizeibericht vom Mittwoch meldet, wurde bei einer Anzahl Nationalsozialisten Hausdurchsuchung nach Waffen abgehalten und zwar mit ziemlichem Erfolg. Schon seit mehreren Tagen konnte man eine lebhafteste Tätigkeit der Polizei beobachten und häufige Hausdurchsuchungen in Besetzung von Polizeibeamten dem Polizeibüro zutreiben sehen. Offensichtlich wurde bei einer größeren Anzahl nach Waffen gefahndet, darunter auch, wie wir hören, bei dem Herrn Diplombandwirt Steinmetz, dem Sprecher der Nationalsozialistischen Bürgerausschufaktion. Bei einem anderen Herrn, der ebenfalls im Hause eines nationalsozialistischen Stadtrates wohnt, fanden sogar zwei Revolver gefunden worden sein. Es hat fast den Anschein, als ob es sich um planmäßige Bewaffnung handelte und wir sind überzeugt, daß bei einer umfassenden, alle hiesigen SS-Männer gleichzeitig umfassenden Durchsuchung noch mehr Waffen gefunden worden wären. Und dabei suchen diese Leute die hiesige Schutzformation zu bespielen. Auch bei den im Laufe der vorigen Woche stattgehabten Retontres zwischen Nationalsozialisten und Schuloffizieren, spielt, wie wir hören, ein weniger erfahrener Revolver eine gewisse Rolle. Alle diese Dinge dürften die „legalen“ Bestrebungen der Nationalsozialisten doch recht eigenartig beleuchten.

Drohender Abbau des Durlacher Gymnasiums?

Das Unterrichtsministerium ist vor kurzem an die hiesige Stadtverwaltung mit dem Ersuchen herangetreten, das hiesige Volksgymnasium in ein sieben- oder sechsklassiges Realschulgymnasium umzuwandeln. Hierbei sollten nach der Darstellung des Unterrichtsministeriums für die Stadt eine Herabsetzung ihrer bisherigen Leistungen für das Gymnasium erzielt werden, während die Direktion des Gymnasiums eine Erhöhung dieser Leistungen herausgerechnet hat. Vermutlich stammt die Berechnung des Unterrichtsministeriums aus der Zeit vor der badischen Notverordnung, während die Berechnung der Gymnasialdirektion nach Erlassung der Notverordnung erfolgt ist. Anders läßt es sich wohl nicht erklären, daß das Ministerium bei einem sechsklassigen Realschulgymnasium eine Ersparnis des bisherigen hiesigen Aufwandes von 14 200 Mark pro Jahr feststellt, während die Gymnasialdirektion einen Mehraufwand von 2800 Mark errechnet. Bei einem siebenklassigen Realschulgymnasium errechnet das Ministerium eine Ersparnis von 7000 Mark, die Direktion einen Mehraufwand von 12 800 Mark. Nun hat aber die Sparkommission des Landtags im Hinblick auf die Nähe Karlsruhes den Vorschlag auf völlige Aufhebung des Gymnasiums gemacht. Das hat nun die Eltern der Schüler auf den Plan gebracht. In einer am vergangenen Sonntag in der Aula des Gymnasiums veranstalteten Kundgebung, die außerordentlich stark von den Eltern der Schüler fast restlos besucht war, wurde nach kurzen einleitenden Worten des Herrn Denwald und nach eingehenden Darlegungen des Herrn Direktors Dr. Dfner, der die Möglichkeit der Einparung zweier Lehrkräfte durch Zusammenlegung bestimmter Lehrfächer ausgab, und nachdem sämtliche Diskussionsredner sich für die Erhaltung der Anstalt ausgesprochen, nachstehende Entschlüsse einstimmig gefaßt: „Weit über 300 Eltern von Schülern und Freunde des ehrwürdigen, 350 Jahre alten Gymnasiums der Markgrafenstadt Durlach geben gemeinsam ihren unerwiderlichen Willen kund, mit allen Kräften für die Erhaltung des Gymnasiums als Volkshochschule zu wirken.“ Gerade Notzeiten zwingen die Eltern, ihren Kindern die bestmögliche geistige und sittliche Ausbildung zu kommen zu lassen. Neben

den Durlachern haben insbesondere begabte Kinder aus Verabauhen, Gröningen, Grimmettersbach, Bodenwettersbach, Zöhligen, Kleinfriedrich, Palmbach, Singen, Söllingen, Sturferich, Weingarten und Wolfsbrunn ein Recht darauf, daß ihnen die einzige Anstalt, die für sie in Betracht kommt, ungehindert erhalten bleibt. Dies schließt bestimmte Sparmaßnahmen innerhalb der Volkshochschule nicht aus. — Ueber 80 Prozent der Schüler stammen aus Kreisen der Arbeiterklasse und des Mittelstandes. Für viele ist der Besuch einer Karlsruher Schule aus pöfischen, zeitlichen und ganz besonders finanziellen Gründen untragbar.

Einstimmig fordert daher die heutige Versammlung von Stadt, Staat und Landtag, keine falsche Sparsamkeit zu üben, sondern das Durlacher Gymnasium als wertvolle Kulturstätte, die der Stadt ihr geistiges Gepräge gibt, zu erhalten und zu fördern.“

Der Stadtrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Angelegenheit befassen.

Das hiesige Gymnasium besteht schon seit mehr als 350 Jahren und dürfte somit zu den ältesten Bildungsanstalten des Landes gehören. Die Stadterhaltung hat vor etwa 20 Jahren einen wichtigen Neubau mit ganz erheblichem Kostenaufwand für dasselbe geschaffen, der heute noch das hiesige Budget mit Zinsen und Amortisationsquoten belastet. Die Anstalt zählt heute 200 Schüler und 21 Lehrkräfte. Es wurde in der Kundgebung am Sonntag wiederholentlich festgehalten, daß das Karlsruher Gymnasium viele Schülerzahl gar nicht aufnehmen in der Lage sei aus Mangel an Raum.

Sieht man sich die soziale Gliederung der Schüler bzw. ihrer Eltern näher an, kommt man zu dem Ergebnis, daß das Durlacher Gymnasium, entsprechend der Struktur der Bevölkerung der Stadt und des Landbezirks eigentlich keine Schule der Befähigten ist, wie dies allgemein zutreffen dürfte. Die Eltern der Schüler sind zu ca. 80 Prozent mittlere und untere Beamte, Privatbeamte, kleine Kaufleute und Gewerbetreibende, Landwirte und Arbeiter, letztere allerdings nur etwa 7 Prozent. Daß für diese Kreise, namentlich soweit sie im Landbesitz wohnhaft sind, die Aufhebung des Gymnasiums und die Ueberweisung ihrer Kinder nach Karlsruhe eine erhebliche materielle Mehrbelastung für die Kinder einen erheblichen Zeiterlust bedeuten müßte, ist ohne weiteres auszusagen. Ganz abgesehen davon, daß für die Stadt selbst ein weiteres Vorgehen mit dem Landbesitz abgelehnt wäre, was sich nicht nur geistig, sondern auch wirtschaftlich zu ihrem Nachteil auswirken müßte. Der schwerste Stoß neben dem Vorschlag der Sparkommission dürfte aber für die fernere Existenz des Gymnasiums wohl die in Maß gebrauchte Eingemeindungstrasse sein. Und da ist folgende Feststellung interessant: Der entscheidende Anstoß zur Aufrufung der Eingemeindungstrasse ging vom evangelischen Volksdienst aus. Dieser führender Kopf ist Stadtrat Megeer, ein Religionslehrer vom Gymnasium Angehöriger des Lehrkörpers der Anstalt. Gewiß gibt es Parallelfälle, wo bei Eingemeindungen solche oder ähnliche Bildungsanstalten besonders mit Rücksicht auf das Hinterland zu stehen blieben — aber dann in Zeiten normaler oder prosperierender Wirtschaftslage.

Noter Faden. Heute abend wichtige Zusammenkunft im Heim der SPD., 8 Uhr.

Naturhistoriker Verghern-Durlach. Sonntag, 30. August, findet die Erstausführung der Feinerseit in ganz Deutschland mit geradezu sensationellem Erfolg aufgeführt Schwanke „Madam Bonnard“ statt. Trotz des ungeheuren Kostenholzes, den das Stück überall erzielt hat, dürfte es am Karlsruher Hoftheater nicht gegeben werden. Herr Direktor Norden hat dieses Stück speziell deshalb erworben, da sowohl er wie Frau Margarete Pix feinerseit in den Hauptrollen außerordentlichen Erfolgs erzielten, und somit dem Wunsch eines großen Teils des Publikums entgegenkommend, Frau Pix in einer dominierenden Rolle zu sehen.

Wiedermut in Durlach am 26. August. Röhle 40, Kalbinnen und Rinder (Zungvieh) 13, Käber 15, Verkaufte Tiere, Röhle 32, Kalbinnen und Rinder (Zungvieh) 13, Käber 13. Preise: Milchkuhe häufigster Preis 450, niedrigster 400, häufigster Preis 500 M., Zuchtkühe, häufigster 430, niedrigster 450, häufigster 520 M., Kalbinnen, häufigster 400, niedrigster 380, häufigster 500 M., Rinder, häufigster 200, niedrigster 150, häufigster 250 M.

Partei-Nachrichten

Bildungsabbau und Bildungsaufgaben

In einem geballten, scharf formulierten Artikel untersucht R. G. Saebler im Anhang der Sozialistischen Bildung den Prozeß des Bildungs- und Kulturabbaus, der sich im Gefolge der Wirtschaftskrise in Deutschland vollzieht, und wozu vor der kulturellen Verdrängung, die als Folge dieses Prozesses eintreten muß. In derartigen Richtung, mehr auf die Bedürfnisse der Arbeiterbewegung abgezielt, äußert sich H. Volkshauer in einem Aufsatz „Bildungsarbeit nicht verzeihen!“ Seine grundlegende Forderung ist, daß man gerade jetzt, wo jeder Tag neue Probleme entrollt, die Funktionärbildung als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei betrachten müsse. Für die Praxis der Bildungsarbeit gibt H. Brill in seinem Aufsatz „Neue Bahnen der Arbeiterbildung“ wertvolle Hinweise. In einer Reihe weiterer Artikel von Selette Kathan, J. Seher, S. F. Singemer und E. Koellenbleck werden Probleme des Arbeiterbüdereinweises und der Weiterbildung erörtert. Die hier behandelten Fragen dürften weit über den Kreis der fachlich interessierten Lesenden finden, da sie in ein Gebiet hineinführen, das vielen Kreisen der Arbeiterbewegung nur wenig bekannt ist. — Die monatlich erscheinende Sozialistische Bildung ist zum Preise von 1,50 M. für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag S. S. B. Dieck, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Kleine bad. Chronik

Die Kleinfeldbacher Familientragödie

23. Kleinfeldbach, 26. Aug. Die Opfer der Bluttat von Kleinfeldbach wurden gestern nachmittag hier beigesetzt. Ueber die Familie Schillhammer und die Umstände, die zu dem schrecklichen Verbrechen führten, erzählt man noch: Schillhammer ist geborener Müllertöchterer. Er wohnte früher in Neuenbürg; seit zehn Jahren wohnt er mit seiner zweiten Frau, einer achtbaren Weberin, in Kleinfeldbach. Im allgemeinen genoss er den Ruf eines fleißigen, rüstigen Menschen. Er war als Installateur, allerdings nur noch an zwei Wochentagen, in Hirsberg beschäftigt. Wiederholt hatte er Drohungen ausgesprochen, daß er die Frau und die Tochter Elsa, die aus erster Ehe Schillhammers stammt, umbringen würde. Ueber die Hintergründe der unglücklichen Tat ist immer noch ein Schleier gebreitet.

Ein großes Mühlenanwesen niedergebrannt

Müllendorf, 26. Aug. Heute früh gegen halb vier Uhr entstand in dem Mühlenwerk der früheren Genossenschaftsmühle des Bauernvereins Winterfelden und Oberhofen ein Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit auf die Mühle, das angebaut Wohnhaus und die soa. Vorratskammer ausbreitete. In wenigen Stunden war der gesamte Gebäudekomplex in Asche gelegt. In der Mühle verbrannte eine große Menge lagerndes Getreide. Ein Teil der Fabrikmaschinerie, sowie das Mobiliar konnten gerettet werden. Das erstklassige neu eingerichtete Mühlenwerk fiel dem mitleidigen Feuer vollständig zum Opfer. Der Fabrikhofen beträgt 20 000 RM, der Gebäudekomplex mit Mühlenanwesen wird auf ca. 80 000 bis 100 000 RM geschätzt. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet.

Neckarhausen. Die auf dem Bahndamm zwischen Ladenburg und Friedrichsdorf aufgefundenen verflüchteten Leiche wurde inzwischen erkannt. Es handelt sich um den Ingenieursohn Fritz Gattung von hier.

Mannheim, 26. Aug. Nach einer telegraphischen Nachricht ist am Sonntag bei einer Besichtigung der Reichsbankfiliale im Wilhelms-Rain in der 21. Straße alte Student Gerbard Heddaeus tödlich abgestürzt. Die Ursache ist in einem Selbstmord zu suchen. Die Besichtigung Heddaeus sollen unverzüglich davongekommen sein.

Wiesloch. Die Parteigenossen werden um zahlreiche Beteiligung an der Wahlprüfung der hier gegründeten Arbeiter-Samaritaner-Kolonie am Sonntag, 30. August, im Schulhof, mittags 2 Uhr, ersucht. Alle Arten von Hilfeleistungen bei Unfällen, sowie um werden vorausgesetzt; es wird manches zu leben sein, was von Nutzen für den Einzelnen sein kann. Abends 7 Uhr Tanz im „Volkshaus“.

Oberlandshausen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag gelangten Einbrecher durch ein offenes Fenster in die Wohnung der Witwe Schmidt. Die massierten Räuber forderten von der allein im Hause wohnenden Frau unter Vorhalten von Revolvern ihr Geld. Die Erschrockene gab ihr ganzes Bargeld heraus, worauf die Täter entkamen. Wie weiter dazu bekannt wird, hat die Gendarmerie zwei Verhaftungen vorgenommen.

Freiburg a. B. Der Besitzer der Mütterapotheke Heinz Dork hat sich durch Einnehmen von Gift das Leben genommen. Sein Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, hängt mit finanziellen Schwierigkeiten zusammen, über die in der letzten Zeit Gerüchte in Umlauf waren.

Ettenheim (bei Emmendingen). Montag mittag war von noch unbekanntem Täter ein Reihenschiff auf die Schiene der Nebenbahn Ettenheim-Orschwihr gelegt worden, wodurch die Lokomotive des Zuges 13, der um 14.05 die Station Mühlheim verläßt und um 14.14 Uhr in Ettenheim eintrifft, mit den Hinterrädern aus den Schienen gehoben wurde. Infolge des Unfalls erlitt der Bahnbetrieb eine längere Störung und der Personenverkehr mußte mittels Kraftwagen aufrecht erhalten werden. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden. Die Lokomotive wurde beschädigt, der Sachschaden ist jedoch gering.

St. Georgen a. Schw. Mehrere Landwirte der Umgebung erkrankten in letzter Zeit an Drosophila mit der Aufforderung, größere Geldsummen, meistens 200 Mark, an einen bestimmten Ort zu hinterlegen. Der Gendarmerie ist es gelungen, den Erpresser festzunehmen. Es handelt sich um einen Einwohner aus St. Georgen im Schwarzwald.

Mielshausen bei Singen. Der 22jährige Arbeiter Willy Bed, der in der Kyanidfabrik der Firma Hermann Paul arbeitet, stürzte in den heißen Karbolinestrom und zog sich an Oberkörper und Kopf schwere Brandwunden zu. In schwererstem Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Reinholden. Der Stadtarbeiter Jakob Müller von Unterbörsen in Reinholden geriet bei Reinigungsarbeiten am Sandungsplatz mit dem Boot, in dem er sich befand, unter die schwimmende Unterführung des Sees. Er wurde dabei ins hochgehende Wasser geworfen und ertrank.

Müllendorf. Der landw. Konsum- und Abwäckerl hiesiger Lage seine von Vorstand Hubert Hell geleitete Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Kassiers Heilla hat die Genossenschaft im letzten Berichtsjahr einen Umsatz von 27 000 M erzielt und vermittelte etwa 8000 Renten landwirtschaftliche Berufsleute. Vorstandsvorsitzender Schaber vom Vorstand der badischen landw. Genossenschaften erkannte die gute Rechnungsführung an. Nach der Entlassung und Genehmigung der Bilanz wurde zu den Wahlen geschritten, die eine Wiederwahl der jetzigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ergaben. Die Anwesenheitsgrenze wurde auf 15 000 M und die Warendienstgrenze pro Genosse auf 200 M festgelegt. Am Schluß referierte noch Baerbauserwalder Stahl (Bruchsal) über das genossenschaftliche Warengeschäft.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen: 24. Aug.: Josef Kartes, Maschinenformer, Chemann, alt 49 Jahre. Beerdigung am 26. Aug., 14 Uhr. Maria Aug, alt 41 Jahre, Ehefrau von Felix Aug, Oberlehrer am Gymnasium. Beerdigung am 27. Aug., 14.30 Uhr. Mathilde Pökar, alt 41 Jahre, Ehefrau von Gustav Pökar, Kaufmann. Beerdigung am 27. Aug., 14 Uhr. — 25. Aug.: Luise Kobras, alt 16 Jahre, Schülerin. Beerdigung am 27. Aug. in Karlsruhe. Rüdiger. — 25. August: Hermann Trener, Kraftfahrzeughalter, ledig, alt 23 Jahre (Wiesbaden). Emma Düst, alt 51 Jahre, Witwe von Heinrich Düst, Zementeur. Beerdigung am 27. August, 15 Uhr. — 26. Aug.: Michael Ripp, Maler, Chemann, alt 58 Jahre. Beerdigung am 28. Aug., 6.40 Uhr. Berta, alt 6 Jahre, Bader Franz Raro, Gipsler (Darmersheim).

Dereinsanzeiger

Bei 4 oder 5 Seiten 40 Pfg. bei 6 oder 7 Seiten 60 Pfg. bei 8 oder 9 Seiten 80 Pfg. bei 10 oder 11 Seiten 100 Pfg. bei 12 oder 13 Seiten 120 Pfg. bei 14 oder 15 Seiten 140 Pfg. bei 16 oder 17 Seiten 160 Pfg. bei 18 oder 19 Seiten 180 Pfg. bei 20 oder 21 Seiten 200 Pfg. bei 22 oder 23 Seiten 220 Pfg. bei 24 oder 25 Seiten 240 Pfg. bei 26 oder 27 Seiten 260 Pfg. bei 28 oder 29 Seiten 280 Pfg. bei 30 oder 31 Seiten 300 Pfg. bei 32 oder 33 Seiten 320 Pfg. bei 34 oder 35 Seiten 340 Pfg. bei 36 oder 37 Seiten 360 Pfg. bei 38 oder 39 Seiten 380 Pfg. bei 40 oder 41 Seiten 400 Pfg. bei 42 oder 43 Seiten 420 Pfg. bei 44 oder 45 Seiten 440 Pfg. bei 46 oder 47 Seiten 460 Pfg. bei 48 oder 49 Seiten 480 Pfg. bei 50 oder 51 Seiten 500 Pfg. bei 52 oder 53 Seiten 520 Pfg. bei 54 oder 55 Seiten 540 Pfg. bei 56 oder 57 Seiten 560 Pfg. bei 58 oder 59 Seiten 580 Pfg. bei 60 oder 61 Seiten 600 Pfg. bei 62 oder 63 Seiten 620 Pfg. bei 64 oder 65 Seiten 640 Pfg. bei 66 oder 67 Seiten 660 Pfg. bei 68 oder 69 Seiten 680 Pfg. bei 70 oder 71 Seiten 700 Pfg. bei 72 oder 73 Seiten 720 Pfg. bei 74 oder 75 Seiten 740 Pfg. bei 76 oder 77 Seiten 760 Pfg. bei 78 oder 79 Seiten 780 Pfg. bei 80 oder 81 Seiten 800 Pfg. bei 82 oder 83 Seiten 820 Pfg. bei 84 oder 85 Seiten 840 Pfg. bei 86 oder 87 Seiten 860 Pfg. bei 88 oder 89 Seiten 880 Pfg. bei 90 oder 91 Seiten 900 Pfg. bei 92 oder 93 Seiten 920 Pfg. bei 94 oder 95 Seiten 940 Pfg. bei 96 oder 97 Seiten 960 Pfg. bei 98 oder 99 Seiten 980 Pfg. bei 100 oder 101 Seiten 1000 Pfg.

Freie Turnerschaft — Fußballabteilung. Freitag abend 8 Uhr vollständige Spielerversammlung im „Gambrius“ betriebs Spiele am Sonntag. 6395

Sängerbund Vorwärts. Die passiven und aktiven Mitglieder treffen sich am Samstag, 29. August, abends ab 8 Uhr, in der „Deutschen Ecke“, Auartenstraße. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 6374 Die Verwaltung.

Soziale Rundschau

Schmüdung unserer Kriegergräber im Ausland. Nachdem der Anlauf von Deutschen in beschränkter Weise unternommen worden ist, kann der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge nunmehr Sonderaufträge der Angehörigen, wie Errichtung von Grabscheiden, Kranzniederlegungen, Bewässerungen und Beschaffung von Lichtbildaufnahmen wieder ausführen. Auch wird es, soweit es sich überleben läßt, möglich sein, die Schmüdung der Kriegergräber an den Totenabenden im November in dem üblichen Umfang vorzunehmen.

Rundgebung des Reichsbundes der Kinderreichen

Man schreibt uns: In der mächtigen Rundgebung für die Familie in Köln anlässlich der Tagung des Reichsbundes der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie, zu der etwa 500 weltliche und kirchliche Behörden Begrüßungen und Sympathieerklärungen für die Familie gelangt haben, verließ der Redner, Herr Professor Baron den Aufbau eines gesunden Volkes mit einem gleichseitigen Dreieck, dem Bilde des Lebensbaumes. Der jüngste Jahrgang ist die breiteste Grundfläche, auf der sich das Volk aufbaut und Jahrgang um Jahrgang einströmt bis zur Spitze der Pyramide, dem höchsten Lebensalter. Im deutschen Volk schrumpft seit 1918 in erhöhtem Maße durch Verkümmern der Geburtenzahl der jüngste Jahrgang immer weiter ein, so daß das Bild nicht mehr das eines Lebensbaumes, eines gleichseitigen Dreiecks, sondern eines Kniebügels, das Bild eines Sarges gibt. Jede weitere Verkümmern des Lebensbaumes durch den Abgang der jüngsten Jahrgänge belastet die Familie immer härter, gibt ihr weniger Lebensraum.

Wie wenig die Wohnungsnot gemildert ist, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Dr. Hirtler, im Rundfunk dargestellt, indem er erklärte, daß in Preußen im Anfang dieses Jahres 327 000 Wohnungen fehlten. Um nun unter Berücksichtigung des hinzutretenden, laufenden Jahresbedarfs durch den jährlichen Zuwachs an neuen Hausbautungen und den Abgang der bauwürdigen Wohnungen diesen Wohnungsbedarf zu befriedigen, müßten allein in Preußen zehn Jahre lang durchschnittlich 180 000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, und zwar ausschließlich für die minderbemittelten Schichten des Volkes, die höchstens 60 RM. Monatsmiete aufwenden können.

Es braucht wohl nicht weiter dargelegt zu werden, daß immer noch unter diesen Wohnungsnot die Familie mit mehr als drei Kindern, also die Kinderreichen, am härtesten leiden. Die Folge ist der weitere Geburtenrückgang und unglückliche Leiden und Entbehrungen der kinderreichen Familien, dem wertvollsten Teil unseres Volkes, die dem Volke die kommende Generation hervorbringen und all die Lasten der Zukunft zu tragen haben. Und auf wieviel Verändersivigkeit stehen diese, wieviel Verkündendes und Kränkendes glaubt man ihnen bieten zu dürfen.

Aus dem Gerichtssaal

Der falsche Zehnmarkschein

Im Karlsruhe, 25. Aug. Wegen Münzverbrechen und Betrugsverfälschung stand eine 56 Jahre alte Witwe aus Bruchsal vor dem Schöffengericht; sie hatte zwei in einem Reklameprospekt einer illustrierten Zeitschrift abgebildete Zehnmarkscheine zusammengeklebt und damit auf dem Markt ein halbes Pfund Schmalz zu laufen verübt. Die Verkäuferin merkte jedoch sofort, daß es sich um kein echtes Geld handelte und verweigerte die Annahme. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis unter Verbüßung von Strafaufschub auf Wohlverhalten mit Bewährungsfrist bis 1. September 1934.

Vorläufige Wettervorhersage der badischen Landeswetterwarte

Ein großes Hochdruckgebiet hat sich auf dem europäischen Kontinent verlagert. Unter seinem Einfluß haben wir bis auf weiteres trockenes Wetter zu erwarten. Die tiefen Temperaturen, die gegenwärtig noch in unserem Gebiet herrschen und nächtliche Ausstrahlungen haben heute früh im ganzen Lande Nebelbildungen zur Folge gehabt.

Wetterausblick für Freitag, den 28. August 1931: Nebel, am Tage heiter und trocken, aber noch kühl.

Wasserstand des Rheins

Karlsruhe 240, aef. 193; Waldshut 402, aef. 1; Schutterinsel 306, aef. 8; Rehl 432, aef. 2; Maxau 652, aef. 10; Mannheim 591, aef. 42 Zentimeter.

Veranstaltungen

Donnerstag, 27. August:
Städt. Konzerthaus: Beppina, 20 Uhr.
Giulia-Palast: Verflüchtete Träume. — Kaufmännische Melodien.
Kammer-Singspiele: Einbrecher.
Palastr-Theater: Der Herr auf Bestellung.
Palastr-Theater: Die Frauen der Vögel.
Schauburg: Tanz in allen Gassen.
Weinhaus Juhl: Rabaret-Programm, 20 Uhr.
Festsaal: Schloßpartie.

Frankreichs Finanz- und Wirtschaftslage

Paris, 21. August.

Die Vorstellung vom überreichen Frankreich, das der Bankier der ganzen Welt sein kann, und das nur in seine Goldgruben zu greifen braucht, um alle notleidenden Länder Europas mit Anleihen und Krediten zu versehen, ist nicht ganz richtig. Gewiß weist die Banque de France Woche für Woche einen ausgezeichneten und meist sich dauernd vergrößernden Goldbestand auf, aber das französische Budget ist in Defizit, und die französische Kaufmannswelt klagt über mangelnde Geschäftstätigkeit schon seit etwa zwei Jahren. Auch an der Börse liegt das Geschäft ziemlich still. Am 10. August war infolge des günstigen Eindrucks der Nachrichten aus Deutschland über die Niederlage der Stahlwerke zunächst eine lebhaftere Geschäftstätigkeit an der Börse von Paris, Marseille und Lille festzustellen, aber gleich in den nächsten Tagen laute das Interesse wieder ab. Der Grund dafür liegt auch in den alarmierenden Nachrichten, die vom Londoner Finanzmarkt kommen.

Der letzte französische Staatshaushalt endete mit einem Defizit von über 2 Milliarden Franken, und man vermutet, daß infolge des Reparationsvertrages ein Loch von 4 bis 6 Milliarden Franken im Budget dieses Jahres entstehen wird. Daran ist jedoch nicht allein der Hoover-Vorschlag schuld. Es wurden verschiedene Gesetze während der letzten Kammer-session ausgearbeitet, die hohe Kredite verlangen. Fünfhundert Millionen Franken gehen an das Arbeitsministerium, damit jetzt auch die Landarbeiter der Sozialversicherung teilhaftig werden. Dreihundert im Budget nicht vorgesehene Millionen müssen zum Ausbau der Straßen verwendet werden, 200 Millionen für den Welterbau verschiedener Schulen, 350 Millionen auf Grund des neuen Pensionsgesetzes für Pensionen, 150 Millionen für die Schiffahrtsgesellschaften, und vor allem verlangen die Eisenbahnen einen ungeheuren Zuschuß. Würde die Wirtschaft weniger klagen, so würde man die Frachtpreise erhöhen, aber so sieht man sich gezwungen, 450 Millionen Transportsteuer, mit deren Einnahme man rechnen, wieder zu streichen. Auch die Post verlangt Zuschüsse, die 1932 sogar 400 bis 500 Millionen Franken betragen sollen. Weitere 350 Millionen Franken sind für die Elektrifizierungsanlagen und für Brunnenbauten auf dem Lande vorgesehen.

Herr Germain-Martin, der frühere französische Budgetminister, hat soeben in der „Information financière“ einen Artikel über den französischen Staatshaushalt veröffentlicht, aus dem man ersehen kann, mit welcher Sorge diese Entwicklung der französischen Finanzlage betrachtet wird. Nun fallen noch 1900 Millionen infolge des Wegfalls der deutschen Zahlungen auf einzuweisen ein Jahr aus. Das Schlimme wird kurzfristige Anleihen ausgeben, um diesen Fortfall auszuscheiden. Im ganzen macht das ein Loch von etwa 2700 Millionen Franken. Man kann nicht daran denken, daß dies durch neue Steuern aufgebracht werden kann. Infolge der Wirtschaftskrise lassen sich besonders die Einnahmen der Umsatzsteuer schon seit langem nicht so hoch steigern, wie man es gewöhnlich im Budget vorgegebenen Ausgaben gepart werden. Leider ist in diesem Zusammenhang an alles andere als an eine Erparnis in den Militärausgaben gedacht.

Die Verschlechterung der französischen Wirtschaftslage findet auch ihren Ausdruck auf dem Arbeitsmarkt. Während die offizielle Statistik vor einem Jahre, im August 1930, von 10 531 Personen sprach, die vergeblich bei den offiziellen Stellenbüros nach Arbeit nachfragten, weist die Statistik für den 15. August 51 734 Personen auf, die vergeblich nach Arbeit suchten (38 000 Männer und 13 704 Frauen). Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das also eine Verflüchtigung. Daber hat ja Frankreich auch schon in den letzten Jahren die Einwanderung ausländischer Arbeiter zunehmend beschränkt.

Gerade infolge all dieser Schwierigkeiten hat natürlich Frankreich auch wieder ein erhöhtes Interesse daran, eine Verabreichung in der politischen Atmosphäre herbeizuführen. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse, die stets stärker ist als die Macht der Waffen, kann die Fortführung der deutsch-französischen Verständigungspolitik aufzwingen.

Kurt Lens.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Mittheilung. Noch nie hat die Klassenlage des Proletariats eine solche Berücksichtigung erhalten wie im Augenblick. Eine außerordentlich wichtige Diskussionsgrundlage ist geschaffen, zu der jeder denkende Arbeiter Stellung nehmen muß. Gen. Varrer Kappes wird am kommenden Samstag abend im Gasthaus „Zum Hirsch“, 8 Uhr beginnend, über das Thema: „Die Politik der Sozialdemokratie und das Proletariat“ sprechen. Genossinnen und Genossen erscheint zahlreich! Werbt alle für einen guten Besuch. Auch Volksfreundleser sind willkommen.

Antliche Bekanntmachungen

Der Verwaltungsrat der evangel. Diakonissenanstalt in Karlsruhe hat hier den Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Krankenheimes auf dem Anwesen Diakonissenstraße 28 in Karlsruhe-Röppchen gem. § 30 der Gew. O. und § 34 bis 36 der Bad. St. O. hieran gestellt.

Dies bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen beim Bezirksamt — Polizeidirektion — binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Zielen beruhenden Einwendungen als verjährt gelten. Während der obengenannten Frist liegen Pläne und Beschreibungen beim Bezirksamt — Polizeidirektion Zimmer 43 — zur Einsichtnahme auf. 1907
Karlsruhe, den 28. August 1931. D. 3 53
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Ueber das Vermögen des Otto Hubermüller, Buchdrucker in Karlsruhe, Goethestraße 41, wurde heute nachmittag 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Beträgenstermin ist: August 30. Zerschneider hier, Waldstraße 9c. A. Vergleichstermin ist am Freitag, 25. September 1931, Vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamielstraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens liegt auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten nieder. Karlsruhe, den 25. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5. 1906

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur Brief): Bismarckstr. 21, 2. St. V. Versammlung jeden Montag u. Freitag im „Kaden-Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee Jewellstr. 6-7-8 Uhr.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Kartoffeln, neue gelbe	.. Pfund	3 Pfg.
Tomaten	14 ..
Büchlinge	38 ..
Fildersauerkraut	10 Qualität	12 ..

SPEZIALITÄT:
Prima gekochter **Safischinken** 1/4 Pfd. 44 Pfg.

Tafeläpfel	Pfund 14 Pfg.
Süße Trauben	28 ..

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein

